3. Jahrg. Nr. 190^A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Montag, 22. Dezember 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.40 Gm wöchentl. 60 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Post 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 544. — Fernsprecher: Breslau-Ring 3987.

Das Berliner Proletariat begrüßt den Genossen Mühsam.

Arbeiter, haltet durch, bis Max Hölz und die 7000 politischen Gefangenen frei sind!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin 22. Dezember.

Gestern kam der aus dem bayrischen Kerker entlassene Genosse Mühsam in Berlin an. Zum Empfang dieses Genossen sammelte sich das Berliner Proletariat vor dem Anhalter Bahnhof und brachte dem Genossen den revolutionären Empfangsgruß dar. Genosse Pieck begrüßte Mühsam im Namen der 3. Internationale, der KPD. und der Roten Hilfe, charakterisierte Mühsam als ein Beispiel des grausamen Strafvollzugs der bayrischen Ordnungsbestien und gedachte dabei des Genossen Hagemeister, der im bayrischen Kerker hilflos verreckte, und zeigte, daß die SPD. sich überall dem Amnestieverlangen entgegenstellt. Im Namen der Millionen Proletarier gelobte er, nicht eher zu ruhen, bis Max Hölz und die anderen 7000 Gefangenen befreit seien.

30 000 revolutionäre Proletarier stimmten begeistert in den Ruf ein:

„Es lebe die Kommunistische Internationale!"

Mühsam konnte vor Rührung nur wenige Worte sprechen. Er sagte:

„So sehr es mich freut, so begeistert von Euch empfangen zu werden, so werde ich mir klar, wie wenig ich es verdiene. Ich kehre nicht begnadigt zurück, sondern bekam für den Rest meiner Strafe Bewährungsfrist. Kann sich ein Kämpfer besser bewähren als wenn er sich mit seiner ganzen Kraft einsetzt für die Befreiung der noch schmachtenden Brüder!"

Alles brach in Hochrufe aus. Proletarier trugen Genossen Mühsam auf den Schultern zum Auto. Vor dem Bahnhof stand Severings Polizei. Fliegende Zivilstreifen und Hundertschaften zur besonderen Verwendung versuchten die Menge zu provozieren. Sogar ein Maschinengewehr war eingebaut. Die Massen wurden zum Halleschen Tor abgedrängt. Die Sipo schlug wahllos in die Massen ein. Ein SPD.-Stadtrat Schnell wurde mit Gummiknüppeln verprügelt. Möckernstraße Ecke Königgrätzerstraße ging die Polizei in Feuerstellung. Doch die Proletarier ließen sich nicht hindern, die Demonstration weiterzuführen. Am Blücherplatz sprach Mühsam nochmals und die Demonstration endete in der Rosenthaler Straße.

Spaltung der sächsischen SPD.

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 22. Dezember.

Wie die TU. zuverlässig erfährt, ist die Spaltung in der sächsischen Sozialdemokratie nunmehr endgültig geworden. Die Fraktionsmehrheit unter der bisherigen Führung des bisherigen Landtagsabgeordneten Wirth und die Fraktionsminderheit unter der Führung des Radikalen Arzt haben sich völlig getrennt. Die beiden Fraktionsteile haben an das Präsidium des Landtages die Aufforderung gerichtet, ihnen getrennte Fraktionszimmer zuzuweisen, was auch bewilligt wurde. Zu den nächsten Landtagswahlen werden getrennte Wahllisten aufgestellt werden.

*

Was wir bisher vom Kampfe der linken gegen die rechte SPD. erlebten, waren klägliche Scheinangriffe, die stets nach kurzer Zeit abgebrochen wurden, soweit die linken Führer überhaupt Opposition trieben, war es nicht ihr eigener Mut und ihre Grundsatzfestigkeit, die sie vorwärts trieb, sondern das Drängen der Arbeitermassen. Solange sich die Linken nicht endgültig von der SPD. lösen und zu den Kommunisten übergehen, werden alle ihre Oppositionsversuche mit einer Kapitulation vor der Rechten enden.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk.

Waldenburg, 22. Dezember.

Die letzte Gemeindevertretersitzung in Nieder-Salzbrunn schenkte der Weltfirma Ohme 16 000 Mark und beschloß gleichzeitig für die werktätige Bevölkerung eine 80prozentige Mietzinssteuer. Die Porzellan-Firma Ohme schuldete der Gemeinde noch 30 000 Mark Steuern. Ein sozialdemokratischer Schöffe schloß nun ein Abkommen, wonach die Firma nur 14 000 Mark bezahlt und auch die noch in drei Raten bis Mai 1925. Diesen Vertrag bestätigte die Mehrheit der Gemeindevertreter.

*

Das ist wieder ein Beispiel des völligen Verrats der SPD. Anstatt den Arbeitern in den Gemeinden Steuerentlastungen zu verschaffen, schenkt sie den Besitzenden und hier dem größten Steuerzahler Nieder-Salzbrunns 16 000 Mark. Hier zeigt sich wieder einmal, die SPD. ist dem Bürgertum mit Haut und Haaren verschrieben. Arbeiter, jagt diese korrumpierte Gesellschaft zum Teufel.

Wahlerfolge in der Tschechoslowakei.

Bei den Gemeindewahlen in Königinhof erhielt die KPD. 147 Stimmen, die Sozialdemokraten 581 Stimmen, die Klerikalen 29[illegible] die Deutschen 731, [illegible] Nationalsozialisten 1549.

Bayerns Gefangene an Deutschlands Proletarier.

Deutsche Arbeiter!

In dem Jubelgefühl über die wiedergewonnene Freiheit Freiheit ist es uns nicht möglich, große Worte an die deutsche Arbeiterschaft zu richten. Nach fast sechsjähriger Haft freuen wir uns, wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats eintreten zu können. So wie wir vor sechs Jahren für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft kämpften, wie wir während der sechs Jahre in bayrischen Zuchthäusern

den mutigen Glauben nicht verloren,

so treten wir heute wiederum vor die deutsche Arbeiterschaften hin.

Deutsche Arbeiter! Wir freuen uns, mit Euch in den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats ziehen zu können.

Die bayrischen politischen Gefangenen.

Stahlhelmüberfall.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Dezember.

Zwischen Arbeiterwanderbündlern und Mitgliedern des Bismarckbundes kam es bei Französisch-Buchholz bei Berlin zu schweren Zusammenstößen. Die Arbeiterwanderbündler wurden von den Stahlhelmbanditen wegen ihrer Abzeichen angepöbelt. Es kam zu einer Prügelei, bei der 10 bis 12 Personen verwundet wurden. Die bald eintreffende Schupo nahm 30 Verhaftungen vor. (Wahrscheinlich von Arbeitern. Die Red.)

Der „Klassenkampf" auf vier Wochen verboten!

Die Offensive gegen die mitteldeutschen Kommunisten setzt mit voller Kraft ein. Vor einigen Tagen wurde der Reichstagsabgeordnete, Genosse Rosenbaum, verhaftet.

Heute hat Hörsing ein vierwöchentliches Verbot über den Klassenkampf verhängt. Als Grund wurde der Abdruck eines Bildes angegeben, das das Doppelgesicht der Republik zeigt. In dieser Karrikatur erblickt die Staatsanwaltschaft eine Verletzung der Würde des Staatsoberhauptes und eine Beleidigung der republikanischen Staatsform.

Die Reichseinnahme im November.

Wieder stärkere Belastung des Proletariats.

Seit Monaten geht der Anteil der Bourgeoisie an den Steuern des Reiches immer mehr zurück. Dagegen nimmt die direkte Besteuerung des Proletariats durch die indirekten Steuern und durch die Lohnsteuer ständig zu, d. h. die Ausbeutung des Proletariats wird neben anderen Methoden durch die Steuern weiter vergrößert. Dieser Teil der Steuern trifft gleichzeitig einen Teil der kleinen und mittleren Bauern und Kleinbürger die dadurch enteignet werden. Die einzelnen Steuern im November bezw. Oktober verteilen sich wie folgt auf die beiden Klassen:

1. Steuern der Bourgeoisie

(In Millionen Reichsmark)	Oktober	November
Einkommensteuer	100,2	75,5
Körperschaftssteuer	27,3	31,4
Vermögensteuer	21,9	77,4
Kapitalverkehrssteuer	15,6	12,3
Wechselsteuer	6,2	6,1
Einmalige Steuern	18 0	8,7
	189,2	211,4

2. Steuern des Proletariats.

(In Millionen Reichsmark)	Oktober	November
Lohnsteuer	114,9	119,8
Umsatzsteuer	208,2	164,8
Zölle und Verbrauchssteuern	128,7	141,9
	451,8	426,5

Die direkte Besteuerung des Proletariats macht also schon wieder etwa 70 Prozent der Gesamtsteuer aus.

Insgesamt ist der Steuerertrag gesunken von 686,7 Millionen im Oktober auf 672,0 Millionen im November.

Die Verminderung der Umsatzsteuer ist auf deren Ermäßigung zurückzuführen, die lediglich der Kapitalistenklasse zugute kommt da sie die Preise nicht ermäßigt.

Genosse Lancucki verhaftet.

Fünf neue Todesurteile in Polen.

Der kommunistische Sejmabgeordnete Genosse Lancucki wurde in der Nacht vom 19. d. Mts. in Warschau verhaftet. Auch die Strafverfolgung des Genossen Krulikowski wird vorbereitet. Fünf ukrainische Bauern wurden vom Warschauer Landgericht zum Tode, vier weitere zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Streik der Donauschiffer.

Die Donauschiffer und die Arbeiter der Verladestationen sind in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung und Aufbesserung der Löhne an die Teuerung durchzusetzen.

Sozialdemokraten und Deutschnationale.

Am 21. Oktober wurde der alte Reichstag aufgelöst, weil keine Regierung zustande kam. Am 7. Dezember wurde der neue Reichstag gewählt, und noch immer kommt keine Regierung zustande. Das Eigenartige ist, daß mit dem Augenblick die Regierungskrise begann, als beide Flügel der Bourgeoisie, die Dawesgegner und Dawesfreunde, sich zusammenfanden. Am 29. August, an dem Tage, an dem die deutsche Sozialdemokratie über die Deutschnationalen „siegte", an dem diese sich zur sozialdemokratischen Erfüllungspolitik bekannten, begann der Kampf der geeinten Bourgeoisie gegen die Sozialdemokraten, die aus der Regierung und allen Behörden herausfliegen sollten. Die Bourgeoisie fühlte sich stark genug, sie brauchte ihren alten Diener nicht mehr.

Die Arbeitermassen glaubten, der Umfall der Deutschnationalen werde ihre Anhänger zu den Völkischen treiben. Das Umgekehrte trat ein: Die Völkischen brachen am 7. Dezember vollständig zusammen, während die Deutschnationalen gestärkt aus der Wahlschlacht zogen. Der Umfall der Deutschnationalen vom 29. August war ihre Rettung. Sie hatten eingesehen:

Für ein kapitalistisches Deutschland gibt es keinen Ausweg aus der Ententeknechtschaft.

Das ist die große Lehre des 7. Dezember. Die Völkischen, das Gewächs des Ruhrkrieges und der Inflation, die die unwiderrufliche Niederlage des kapitalistischen Deutschland nicht begreifen wollten und versuchten, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, gingen an ihrem Utopismus zugrunde. Ihre Anhänger liefen zu den Deutschnationalen über.

Was ist heute die Kernfrage der deutschen Politik? Nicht „Monarchie oder Republik", nicht „Demokratie oder Reaktion", nicht „Eintritt in den Völkerbund oder Draußenbleiben", und wie alle die Schlagworte lauten, sondernn Dawesplan, Erfüllungspolitik, Kolonialisierung Deutschlands. In dieser Frage, dem Angelpunkt der deutschen Politik, sind sich alle kapitalistischen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, einig mit den Sozialdemokraten. Der Kampf zwischen den einzelnen Parteien ist nur ein Scheingefecht und ein Kampf um die Posten. Denn der Dawesplan bestimmt nicht nur Deutschlands Außen-, sondern auch Innenpolitik. Seine Durchführung bedeutet nicht nur Verzicht auf den Sozialismus, — das gibt die Sozialdemokratie offen zu — sondern sogar Verzicht auf kleine Reformen für die Arbeiterschaft, denn der Dawesplan verlangt schärfstes Anziehen der Hungerschraube, um die Profite für das Entente- und deutsche Kapital sicherzustellen.

Nachdem sich Deutschnationale und Sozialdemokraten in dieser Kernfrage der deutschen Politik zusammengefunden haben, ist ihr Kampf gegeneinander nur noch ein Komödienspiel vor ihren Anhängermassen, die sie an die Urne gelockt haben, die einen mit dem Gespenst der Monarchie, die anderen mit dem des Sozialismus, obwohl beide, Deutschnationale und Sozialdemokraten, wohl wissen, daß sowohl die Errichtung der Monarchie, als auch die Durchführung des Sozialismus eine Unmöglichkeit sind, solange wir der Entente unterworfen sind.

Ein kapitalistisches Deutschland mußte unterschreiben, denn es hat keinen Bundesgenossen in der ganzen Welt. Das internationale Proletariat haßt das Deutschland der Lohndrückerei, der „republikanischen" Reaktion, des Walles gegen Sowjetrußland. Die internationale Bourgeoisie haßte in Deutschland den gefährlichen Rivalen, heute nutzt sie ihren besiegten Feind als Lakaien aus.

Nur ein Arbeiterdeutschland wird den deutschen Proletariern ein Vaterland sein, das sie verteidigen, für das sie den Kampf gegen die Ententeherrschaft aufnehmen, dem die ganze Welt der Arbeit, dem Sowjetrußland die Solidarität bekunden wird.

Diesen Weg zeigen nur die Kommunisten. Die Millionen deutsche Proletarier folgten ihnen am 7. Dezember. Dreißig Millionen Proletarier werden einst unter ihren Fahnen die Dawesklavenketten zersprengen und ein freies Arbeiterdeutschland errichten.

Ihr Lügner von der Volkswacht, heraus mit der Sprache!

Welcher Kommunistenführer hat im Savoyhotel für 50 Reaktionäre ein Liebesmahl veranstaltet?

Wann geschah diese ungeheuerliche Geschichte?

Wir verlangen klare Antwort, damit der Schwindel der „Volkswacht" vor jedem sozialdemokratischen Arbeiter und jedem „Volkswacht"-Leser enthüllt wird. Keine faulen Ausreden: „Genosse Löbe hat mit der Affäre nichts zu tun." Löbe ist Chefredakteur der „Volkswacht" und trägt die Verantwortung für die politische Haltung des Blattes. Solange er nicht vor aller Oeffentlichkeit den Namen des Kommunistenführers und die Zeit der Gastmahlerei im Savoyhotel nennt, bezeichnen wir ihn weiter als einen Abrabschneider und Lügner. Hatte er den Mut, öffentlich zu verleumden, so muß er auch den Mut haben, öffentlich den angeblichen Kommunistenführer zu nennen.

*

Die „Volkswacht" hat ganz vergessen, wer tatsächlich im Savoyhotel geschlemmt hat:

Die Aufsichtsräte zusammen mit „Genossen" Polizeipräsidenten a. D. Voigt, Hörsing, Baurat Seibold, damals Gewerkschaftskartellvorsitzender und anderen Sozialdemokraten Ende 1919.

Auf die Frage eines Augenzeugen an Seibold: Was werden die Arbeiter dazu sagen? erklärte dieser: „Die Genossen sind viel zu dumm, das zu verstehen."

Nun, liebe „Volkswacht", die Genossen der SPD. werden nicht zu dumm sein, um zu verstehen, warum diese anonymen Verdächtigungen gegen die KPD. ausgestreut werden. Sie sollen die eigene schandbare Vergangenheit und Gegenwart verdecken.

*

Sollen mit diesem plumpen Gegenzug unsere Enthüllungen über den Raschke-Skandal verdeckt werden? Hat noch immer die „Volkswacht" keine Antwort auf die Fragen der „Arbeiter-Zeitung" gefunden, ob Rasch Aufsichtsrat im Bürgerlichen Brauhaus und in der Lunaparkaktiengesellschaft ist? Deckt sie diesen Skandal? Deckt sie die Familienpolitik in der Verwaltung des Gewerkschaftshauses?

Die Rhönbauern für die Kommunisten.

Wie die Hetze des Landbundes unter den Kleinbauern der Hohen Rhön gewirkt hat, zeigt folgender Brief eines Kleinbauern aus Oberweid bei Tann. Er schreibt folgendes:

9. Dezember 1924.

„Der Bundesfreund Bischoff von Holzhausen hat hier am 4. 12. eine Rede gehalten, daß Bauern und Arbeiter am 7. Dezember nur Kommunisten wählen sollen. Mit großem Jubel wurde die Rede am Schluß von den Bauern und Arbeitern aufgenommen, trotzdem der Landbund scharf gegen uns kämpft. Wir haben hier das Feld behauptet. Das Wahlergebnis in Oberweid ist folgendes:

	Männer	Frauen
1. Sozialdemokratische Partei	9	5
2. Deutschnationale Volkspartei	2	2
3. Deutsche Zentrumspartei	2	—
4. Kommunisten	92	72
5. Deutsche Volkspartei	8	7
6. Wirtschaftspartei	3	2
7. Deutschdemokratische Partei	1	—
10. Thüringischer Landbund	53	36
13. Deutsch-christl. Volkspartei	—	1

Kommunisten zusammen 164 Stimmen
Sozi mit Bürgerlichen 131 „ zusammen.

Kommunistischer Sieg mit 33 Stimmen Mehrheit in Oberweid! Arbeiter und Bauern aller Orten, folgt uns nach, damit die Freiheit kommt im deutschen Lande. Es gibt nur zwei Klassen: Schaffende und Prasser, Darbende und Schwelgende, Ausgeraubte und Räuber. Unterdrückte Bauern und Arbeiter aller Länder, folgt dem Rhöndörfchen Oberweid.

Mit Bundesgruß
(Unterschrift)"

Ungeheure Flottenrüstungen Amerikas.

Nach Washingtoner Meldungen fordert der amerikanische Marineausschuß vom Parlament die Bewilligung von **101 000 000 Dollar für weitere Marinebauten.** Unter anderem sollen **vier Kreuzer** gebaut werden, von denen **jeder elf Millionen Dollar** kosten soll. Für ein schwimmendes Trockendock der Marine ist der Betrag von **7,5 Millionen Dollar** vorgesehen.

Drei Stationen über das Ziel

hinaus fuhr der Angestellte Artur Fenger und kam drei Stunden zu spät ins Geschäft. Die Kundschaft fluchte, der Unternehmer tobte. Grenzenlose Aufregung!

Warum? Er hatte in der Strassenbahn trotz energischer Warnung seiner besten Freunde den gefährlichsten der Romane **Meß Mend!** gelesen. Wenn Sie nicht vergessen wollen zu essen, kochen, schlafen, arbeiten, Geld auszugeben, dann **hüten Sie sich** vor dieser Lektüre! Die Gefahr ist gross!

Sie dürfen ab 29. Dezember 1924 nach wie vor die **Schlesische Arbeiter-Zeitung** sehr gut durchlesen wie bisher, Sie sollen auch unablässig für sie Abonnenten werben, aber lesen Sie nicht den an diesem Tage abgedruckten Kriminalroman

Meß Mend!

Prozeß Haarmann-Noske.

Alldeutschland schwört bei Stein und Stock:
Der Haarmann ist ein Kerl!
Den Bleistift spitzt ein jeder Schmock
Bei Ullstein, Mosse, Scherl.
Man weiß, 'ne Moritaterei
Ist stets vom Mob ersehnt,
Doch von Herrn Noskes Polizei
Wird nicht ein Wort erpähnt.

Herr Gustav ist dort Präsident,
Thrann und Potentat.
Als Chef der Polizei man nennt
Den Herrn von Beckerath.
Herr Haarmann aber war dabei
Im Glat der dritte Mann.
Es fängt von Noskes Polizei
Kein Mensch zu reden an.

Es wird der dreißigfache Mord
Nicht richtig judiziert:
Er war Achtgroschenjunge dort,
Wo Noske präsidiert.
Die Möglichkeit zur Schlächterei
Gab das Präsidium,
Den Noskes Spitzelpolizei,
Da ist man dennoch stumm.

Wir aber schreien es in die Welt,
Wie auch die Antwort sei:
Hier ist vor das Gericht gestellt
Herrn Noskes Polizei.
Kein Preßdienst errettet Euch,
Kein Dementiergeklaff.
Ihr fördertet solch Lumpenzeug!
Gerichtet ist der Chef!

Ein internationales Eisenkartell?

Den Verhandlungen der deutschen und der französischen Schwerindustrie sind nunmehr auch Vertreter der englischen, belgischen und luxemburgischen Schwerindustrie beigetreten, so daß es sich nunmehr um die Schaffung eines internationalen Eisenkartells handelt. Ein solcher Trust würde faktisch die gesamte Produktion Europas beeinflussen. Er würde das Signal zu einer allgemeinen Kapitalsoffensive sein.

Natürlich beseitigt ein solcher internationaler Trust nicht den Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen. Er wird vielmehr in der Form eines Kampfes um die Beteiligungsziffern fortdauern.

Die internationale Zusammenfassung des Kapitals macht es der Arbeiterklasse zur gebieterischen Pflicht, die internationale Einheit der Gewerkschaften herzustellen.

Ein kleiner Moritz aus der „Vorwärts"-Redaktion weiß es natürlich besser. Er hat eine neue Parole: Die Arbeiter sollen „Einfluß" auf den internationalen Eisentrust verlangen. Nach der Ansicht dieses kleinen Moritz gibt es offenbar zwei Arten von Trusts: die „guten", wo die Sozialdemokraten „Einfluß" haben, liebe Kinder, und die anderen, die bösen.

Brentano und die SPD.

K. N. Lujo Brentano ist achtzig Jahre geworden. Zu der Schaar der begeisterten Gratulanten gehört die gesamte SPD.-Presse, einschließlich der „Volkswacht". Wer ist Lujo Brentano, so frägt der Arbeiter, für den der Name Brentano leerer Schall und Rauch ist. Brentano ist der mutige und charaktervolle (!) Vorkämpfer für Sozialreform, wie Fritze Ebert in seinem Glückwunschtelegramm sagt. Für jeden klassenbewußten Arbeiter müßte das genügen, um mit einem Achselzucken diesen Utopisten beiseite zu schieben. Aber die einstmals marxistische, revolutionäre Sozialdemokratie ist heute eine Partei der „Sozialreform". Sie hat vergessen, daß Brentano einer der erbittertsten Gegner von Karl Marx war und ist, daß der alte Friedrich Engels noch einige Jahre vor seinem Tode eine vernichtende Broschüre gegen ihn geschrieben hat, daß heute dieselbe Sozialdemokratie denselben Brentano feiert, der sich wirklich nicht geändert hat, zeigt klarer als vieles andere den Rückmarsch der SPD. von der sozialen Revolution bis zur sozialen Flickreform.

Immerhin konnten in den Zeiten des aufsteigenden Kapitalismus Menschen, ohne vollendete Trottel zu sein, von sozialen Reformen sprechen, denn diese lagen damals im Bereich der Möglichkeit. Heute aber von sozialen Reformen zu schwätzen, heißt der Arbeiterklasse bewußt Sand in die Augen zu streuen und sie vom einzigen Wege ihrer Befreiung, der sozialistischen Revolution, abzulenken. Möge jeder Arbeiter genau die Worte unseres großen Vorkämpfers Friedrich Engels über Brentano lesen:

„Weder der Schutz der Gesetzgebung noch der Widerstand der Fachvereine (Gewerkschaften) beseitigt die Hauptsache die beseitigt werden muß: das Kapitalverhältnis, das den Gegensatz zwischen Kapitalistenklasse und Lohnarbeiterklasse stets neu erzeugt. Die Masse der Lohnarbeiter bleibt zu lebenslänglicher Lohnarbeit verdammt, die Kluft zwischen ihnen und den Kapitalisten wird immer tiefer und breiter. Weil aber Herr Brentano den Lohnsklaven gern zum zufriedenen Lohnsklaven machen möchte, deshalb muß er die vorteilhaften Wirkungen vom Arbeiterschutz ins Kolossale übertreiben, und weil wir diesen Uebertreibungen die einfachen Tatsachen entgegenhalten, deshalb sein Zorn."

Der Arbeiter der diese Worte liest und begreift, wird wissen, daß er nicht in die SPD. gehört, die den Lohnsklaven gern zu zufriedenen, mit dem Kapitalismus zufriedenen Lohnsklaven machen möchte, sondern allein in die KPD., die durch die soziale Revolution den Kapitalismus und das Kapitalverhältnis vernichten wird.

Amnestieantrag der KPD. im Preußischen Landtag

Antrag auf sofortigen Rücktritt der preußischen Regierung.

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat dem preußischen Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem es heißt, daß alle politischen Gefangenen zu amnestieren sind. Der Gesetzentwurf ist genau spezialisiert und verlangt die Amnestie

1. **bei Straftaten aus politischen Motiven,**
2. **bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not während der Inflation 1923,**
3. **für die Straftaten aus Anlaß der Ruhrbesetzung, wirtschaftlicher und politischer Natur,**
4. **für die Straftaten anläßlich der Bildung von Arbeiterausschüssen zur Kontrolle der Produktion,**
5. **bei Straftaten der Erwerbslosen anläßlich mangelnder Unterstützung.**

Dieser Antrag ist von der ganzen Kommunistischen Landtagsfraktion unterschrieben.

Die gesamte Arbeiterschaft muß diesen Antrag unterstützen, denn er bedeutet einen Vorstoß der Kommunistischen Fraktion für die Generalamnestie.

Die Kommunistische Landtagsfraktion brachte außerdem einen Antrag auf sofortigen Rücktritt der preußischen Regierung ein, da die preußische Regierung sich in allen sozialen Fragen gegen die Arbeiter gewandt habe. Es heißt in dem Antrag, daß die preußische Regierung mit der Arbeitszeitverlängerung vorangegangen sei, **daß sie der Steuerbelastung der Minderbemittelten unter Schonung des Besitzes Vorschub geleistet habe, daß sie sich nicht gegen die Annahme der Dawesgesetze gewandt habe, daß sie die ausgesprochene Rachejustiz billige und alle Korruptionsskandals decke.**

Jeder Arbeiter wird auch diesen kommunistischen Vorstoß begrüßen, denn er entlarvt die sogenannten Arbeitervertreter.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski.
Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

50]

„Und der Zar?"

„Er ist derjenige, dem Gott befahl, den Gehorsam der Seelen zu überwachen. Er hat einen schweren Dienst. Er führt und weiß nicht wohin, er befiehlt und ist doch blind."

„Wenn aber im Jenseits gar nichts ist?", fragte plötzlich Worobieff.

„Was heißt nichts?", rief Pobiedonoszeff. „Wer wagt zu fragen? Wahrheit ist das, was der Mensch nicht kennt. Rußland war eher als ich und Sie, mein Herr! Das Gebäude des Staates ist nicht auf unserem Verstand aufgebaut! Das haben Sie heute sehr richtig gesagt. Dem Menschen muß Gott verrückt vorkommen."

„Sie glauben nicht an Christus!", sagte Worobieff.

„Und Sie nicht an Rußland! Rußland hat Gott geschaffen und nicht der Mensch und nicht für Menschen."

„Das sagen Sie, das ist Ihre Meinung!"

„Nein!", erwiderte Pobiedonoszeff. „Ich sage nichts. Ich höre. Rußland spricht. Und sagt — Tod. Im Grunde wissen Jelaboff und die Perowska das auch — sie fürchten auch den Tod nicht. Wenn ich an Gott nicht glaubte, wäre ich vielleicht mit ihnen."

„Sie haben nicht das Recht", rief Worobieff.

Die Dame des Hauses versuchte den Streit zu unterbrechen.

„Ist der Prozeß entschieden?", fragte sie.

„Der Zar hat das Urteil bereits unterzeichnet!"

„Das ist durch Sie geschehen!" rief Worobieff dazwischen. „Sie werden das vor Rußland zu verantworten haben." Pobiedonoszeff nickte:

„Ich oder sie! Ihr Galgen oder der meine. Das Blut aber soll auf euch kommen, die ihr Wahrheiten ausstreut. Bielinski, Tschernischewski und ihr alle, die ihr Verstand, Freiheit und Wissenschaft predigt."

Er fing an sich zu verabschieden. Worobieff zog seine Hand zurück.

„Ich kenne Sie nicht!", sprach er. „Sie sind mit Blut besudelt. Sie sind ein Verbrecher."

Pobiedonoszeff wurde blaß.

„Ja", zischte er, „ich bin nichts. Ich bin tot. Ich will nichts mehr für mich. Nur Rußland . . ."

„Sprechen Sie nicht weiter", rief Worobieff, „sonst gebe ich Ihnen eine Ohrfeige!"

Die Damen warfen sich zwischen die beiden.

„Schicken Sie nach einem Arzt für ihn", sagte Pobiedonoszeff zur Dame des Hauses.

„Sie sind im Unrecht!", wandte er sich noch einmal um. „Ich bete täglich für meine zukünftigen Mörder. Man wird mich hängen! Gott hat mir meinen Dienst befohlen."

Er trat an ein Heiligenbild und betete:

„Verzeiht mir, ihr Mörder, daß ich euch in Versuchung führe. Herr, erbarme dich meiner."

Ich fühlte, daß der Ekel in mir aufstieg und mich zu ersticken drohte unter diesen Schwachsinnigen.

Ich benutzte den Wirrwarr und verließ das Haus.

Ich war schon ziemlich lange gegangen, als hinter mir eine mir bekannte Stimme sagte:

„Ein Spion verfolgt Sie schon seit mehreren Minuten. Vorhin waren es zwei. Hier ist eine Droschke. Steigen Sie ein. Sie erlauben, daß ich mitfahre."

Ich stieg ein. Das Pferd setzte sich in Bewegung.

Auf dem Bürgersteig lief Vogel und schrie:

„Halt! Halt! Zarenmörder! . . ."

„Los!", sagte mein Begleiter, „oder ich schieße . . ."

Der Kutscher drehte sich um und flüsterte:

„Ist nicht nötig, Herr! Wir verstehen es doch selber! Kriegt uns nicht ein, du Hund!", drohte er nach dem Agenten und ließ das Pferd tanzen.

Ich blickte meinem Retter ins Gesicht und erkannte den Inspektor und Schulrat Kuzniezoff. Er war alt und sehr verändert.

„Erkennen Sie mich nicht?", sagte ich. „Erinnern Sie sich an Wronski, Mikailoff . . . ich bin Kaniowski."

Sein Gesicht hellte sich auf. Ein Lächeln irrte über seine Züge. „Was machen Ihre Kinder?", fragte ich.

„Tot! Vor einem Jahr das letzte . . . dann meine Frau! Ich habe niemand mehr. Sie kommen mit zu mir . . ."

„Nein", sagte ich. „Das könnte Sie viel kosten."

„Ist das wahr, was der da vorhin gerufen hat?", fragte er. „Jawohl", erwiderte ich.

„Wenn Sie ein wenig Mitleid mit mir haben", sprach Kuzniezoff. „Kommen Sie zu mir. Ich werde Ihnen dankbar sein! Unendlich dankbar!"

Drei Tage blieb ich bei Kuzniezoff.

Sein Dasein war vollkommen einsam und traurig geworden. Er lebte nur noch von der Erinnerung an seine Frau und seine beiden Kinder. Als Rationalist erwartete er nichts mehr. Glaubte an kein Jenseits.

„Kann ich euch nicht irgendwie dienlich sein?", sagte er einmal zu mir. „Ich bin 60 Jahre alt. Einige Jahre kann ich noch gut arbeiten. Wenn ihr einen alten unglücklichen Menschen brauchen könnt . . . ."

Es war am Abend des Tages, an dem sie hingerichtet wurden. Ich konnte ihren Tod nicht mitansehen. Der Platz war auch voller Agenten. Wir saßen beide ohne Licht. Stumm. Bis tief in die Nacht.

*

Ein böses Fieber hatte uns ergriffen.

Wir gingen aneinander vorbei, jeder von uns hatte vergiftete Wunden in der Seele, die er vor den anderen zu verbergen suchte.

Immer öfter kamen Nachrichten von Selbstmorden. Wie ein tödlich verwundetes Tier suchte ein jeder sich zu verkriechen.

Eines Abends besuchte mich Wera Kochanowitsch. Sie war traurig und zu Tode ermüdet.

„Was ist dir? Woltschok?", fragte ich mehrmals. Ich fürchtete sie möchte der Bardina folgen, die sich erschossen hatte und mit der sie befreundet gewesen war. Erst beim Fortgehen sagte sie:

„Ich wohne jetzt mit Tschonoff zusammen!"

Ich erzitterte. Das war die Lösung eines Dramas. Für Wera entsetzlich. Aber ich irrte; es war erst der Anfang.

„Warum hast du das getan? Woltschok!"

„Er hat sich zu sehr gequält", antwortete sie.

„Und du?"

„Ist es nicht egal?", wehrte sie mit der Hand ab.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Volkswacht" gesteht wieder einmal eine Lüge ein.

Am Tage vor der Wahl, an dem keine Entgegnung mehr möglich war, brachte die „Volkswacht" den Schwindel von dem Uebergang des „Kommunistenführers Dierich" ins Lager der SPD. Wir veröffentlichten vor ein paar Tagen die Entgegnung Dierichs. Und was antwortet die „Volkswacht"? Sie sei „eventuell" einem Schwindler zum Opfer gefallen. Dumme gesucht, die das glauben! Sie selbst hat sich die Geschichte ans den Fersen gezogen. Jetzt, wo der Schwindel ans Tageslicht kommt, macht sie einen plumpen Rückzieher und erklärt, sie sei auf einen Betrug hereingefallen.

Die Arbeiter können daraus ersehen, was sie von der Wahrhaftigkeit der „Volkswacht"-Meldungen zu halten haben.

Wie politische Gefangene in den Tod getrieben werden!

Mitte November erhängte sich im Untersuchungsgefängnis Mannheim der Genosse Stumpf. Stumpf ist ein langjähriges Mitglied der KPD. und hat der Partei als Funktionär treue Dienste geleistet. Er wurde auf Grund des Verrates von Berg, der bereits in dem Prozeß gegen die Stuttgarter Genossen vor dem Staatsgerichtshof eine üble Rolle spielte, verhaftet. Bei der richterlichen Vernehmung belastete er den Genossen Stumpf auf das Schwerste. Auf Grund dieser Niederträchtigkeiten ist nun Genosse Stumpf seelisch zusammengebrochen.

Aber eine andere unerhörte Maßnahme des Untersuchungsrichters ist an dem Tode des Genossen Stumpf nicht ganz unbeteiligt. Die Frau des Genossen Stumpf, die die seelische Verfassung ihres Mannes kannte und auch wußte, daß ihr Mann nach einer achtzehnwöchentlichen Krankheitsdauer sein schweres Nervenleiden noch nicht los war, schrieb an ihn einen Brief, in welchem sie ihn tröstete und ihm ermunterte, die Verhaftung nicht so schwer zu nehmen.

Diesen Brief der sicher auf den Gemütszustand des Genossen Stumpf von großer Wirkung gewesen wäre hat der Untersuchungsrichter einfach nicht weitergegeben. Und so kam es, daß sich der Genosse eine Stunde nach seiner richterlichen Vernehmung in seiner Zelle erhängte.

Die Justizbrutalitäten sind in der Ebert-Republik ohne Grenzen.

Sparkassen- und Stadtbankskandale.

Der Deutsche Städtetag teilt mit:

Eine Rundfrage bei allen deutschen Städten mit mehr als 25000 Einwohnern hat ergeben, daß die Städte mit mehr als 25000 Einwohnern an den Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Sparkassen und Banken, über welche die Presse oft Angaben gemacht hat, so gut wie gar nicht (!!) beteiligt sind. Unter allen Städten über 25000 Einwohner haben nur zwei (!!!) größeren Schaden erlitten, für dessen Deckung der Garantieverband mit seiner Steuerkraft eintreten muß. Auch kleinere Unregelmäßigkeiten, die aus den eigenen Sparkassenreserven gedeckt werden konnten, sind nur ganz vereinzelt (!) bei diesen Städten vorgekommen. Im übrigen handelt es sich bei vielen Fällen, die in der Presse behandelt worden sind, um Sparkassen und Bankeinrichtungen kleinerer Kommunen, Kommunalverbände und Landgemeinden.

*

Sehr unangenehm für die Geschäfte der Kommunen und Landgemeinden muß doch die andauernde Veröffentlichung von Korruptionsaffären sein. Denn sonst strengt man sich nicht so an, um ein solches lügenhaftes Dementi in die Welt zu setzen. Wir berichteten in unserer Zeitung allein von einem Dutzend solcher Sparkassenskandale. Das Dementi läßt befürchten, daß noch eine ganze Anzahl weiterer Stadtbankskandale ans Tageslicht kommen werden. An der Schreibweise dieses Dementis sieht jeder, daß man den Waldenburger Stadtbankskandal ganz ableugnen will.

Eine neue Sparkassenkorruption.

Die neugegründete städtische Sparkasse der Stadt Priebus hat durch Ueberschreiten der Befugnisse des Bürgermeisters Klenke einen größeren Verlust erlitten. Die städtischen Körperschaften haben daher Bürgermeister Klenke sofort seines Amtes als Vorsitzender des Kuratoriums der städtischen Sparkasse enthoben und bei der Regierung in Liegnitz ein Disziplinarverfahren mit sofortiger Enthebung vom Amte beantragt.

*

Oben bringen wir das sehr wacklige Dementi, hier melden wir eine neue Korruption. Wieder ist es ein Bürgermeister, das oberste Haupt eines für das Wohl der Stadt bedachten Magistrats. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse erhob seinerzeit ein ungeheures Geschrei, als wir anläßlich der Waldenburger und Friedländer Skandale feststellten, daß der Beamtenapparat bis in die Spitzen korrumpiert sei. Kein Tag vergeht ohne eine neue Korruption. Man kann schon sagen, wir haben eine „herrliche" Republik.

Die Allmacht des Stadtrates.

Die Kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Hindenburg hatte einen Mißtrauensantrag gegen den besoldeten Stadtrat Tobias eingebracht. Der Oberbürgermeister Heenel sprang gleich in die Bresche und teilte dem Kollegium mit, daß man gegenüber Stadträten kein Mißtrauensvotum einbringen dürfe. Einem Stadtrat, der mit allen Mitteln versucht, das soziale Elend der Hindenburger Arbeiter noch weiter zu verschlechtern, darf nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters kein Mißtrauen ausgesprochen werden. Eine feine Demokratie. Aber die Kommunistische Fraktion ließ sich nicht von den Bürgerlichen, die selbstverständlich den Herrn Tobias als guten Stadtvater hinstellen, hinter die Ohren hauen. Unser Genosse Jendrosch als Stadtverordnetenvorsteher nahm den Antrag auf, und bei der Abstimmung ergab sich, daß tatsächlich dem Herrn Tobias das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Dabei kam es zu Tumulten, bei denen sich die erregten Arbeiter auf der Tribüne beteiligten.

Mit Leuten, die nur Gesetze gegen die Arbeiter verfassen, muß man so verfahren.

Arbeiterliteratur.

Der Abreißkalender 1925, erschienen bei Carl Hogm, im 3. Jahrgang. Erstaunlich, welche Fülle von neuen Bild- und Schriftbeiträgen auch der neue Jahrgang des Abreißkalenders wieder bringt, ein Zeichen von dem Wachstum der künstlerischen Kräfte und Möglichkeiten, in der und für die vorwärtsdrängende revolutionäre Arbeiterbewegung mobilisiert sind. Eine große und wachsende internationale Schar von Künstlern steht hier neben den großen Führern des revolutionären Proletariats. Die weltumspannende Bedeutung des Kommunismus auch als Kulturbewegung wird hier offenbar. Im Vordergrund stehen im diesjährigen Bildkalender die Werke Theophile Steinlens, des großen französischen Zeichners, und des Belgiers Frans Masereel, dessen monumentale Holzschnitte, die in jedem Stück das leidenschaftliche Messer des Revolutionärs verraten. Es ist besonders zu begrüßen, daß die Holzschnitte Masereels hier den Arbeitern zugänglich gemacht werden, da die größeren Publikationen seiner Holzschnitte für den Proletarier zu teuer sind. Neben diesen beiden Künstlern seien erwähnt Daumier, Meunieur, Naudin, Galantara, George Groß, Schlichter, Käte Kollwitz, Maurice Becker, Delanoy, verschiedene russische Zeichner, die Dichter Majakowski, Bjedny, Kaschl, Strindberg, Conrad Ferdinand Meyer und andere, alle als Gefolge der großen Führer Karl Marx, Engels, Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin, Trotzki, neben Kropotkin, Lassale, Bakunin, Babeuf, Heine, Marat usw. mit den wertvollsten prägnantesten Beiträgen aus ihren Werken. In jede Redaktion, in jeden Parteibetrieb, in jede Arbeiterwohnung gehört dieser Abreißkalender, der für jeden revolutionären Kämpfer wichtiges Material bietet. — Zu haben in der Buchhandlung Breslau, Trebnitzer-Str. 50 und auf Bestellung bei unseren Kolporteuren.

Die Landjunker sind daran schuld.

Glogau, 21. Dezember.

Zwei Dienstmädchen bei einem Besitzer des hiesigen Kreises wollten sich an einem kalten Abend ein warmes Stübchen bereiten, und zwar auf die Weise, daß sie in einen Topf glühende Kohlen schütteten, und, um sich vor schädlicher Rauchentwicklung zu schützen, diesen Topf zudeckten. In später Stunde wurde von der angrenzenden Stube aus ein dumpfes Stöhnen bemerkt. Man klopfte an die Kammertür, erhielt jedoch keine Antwort, so daß der Schmied herbeigerufen werden mußte, um die Kammer zu öffnen. Nun wurde festgestellt, daß beide Mädchen eine Gasvergiftung erlitten hatten. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß nur noch eine Stunde genügt hätte, den Tod beider Menschenleben herbeizuführen.

Reichenbach, 21. Dezember.

Ein Pferdejunge des Gutsbesitzers Th. Näfe las bei offenem Licht und schlief weil er überarbeitet war, ein. Das Licht brannte herunter und setzte dabei einen Reisekorb in Brand. Der Junge erwachte erst, als seine Haare zu brennen anfingen. Er versuchte, das Feuer selbst zu löschen, doch war dies schon zu spät. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder und die Feuerwehr konnte nur die unteren Räume vor dem Ausbrennen schützen.

*

Diese beiden Vorfälle haben die gleichen Ursachen, wie der vor einigen Wochen geschilderte Fall, indem ein junges überarbeitetes Dienstmädchen am Bett bei Talglicht noch ihre Kleider ausbesserte, dabei einschlief und verbrannte. Es ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Wenn die Landjunker ihrem Dienstpersonal die achtstündige Arbeitszeit gewähren würden, dann passierten solche Dinge nicht. Wenn die Agrarier ihren Dienstmädchen anständige Stuben mit Oefen als Schlafzimmer zur Verfügung stellten, kämen solche Unglücke nicht vor.

Während des Wahlkampfes haben die deutschnationalen Landjunker den Arbeitern alles Gute versprochen. Hier haben sie Gelegenheit, bei sich selbst anzufangen.

Die Landarbeiter und das Gesinde darf sich solche schlechte Behausungen und lange Arbeitszeiten nicht mehr gefallen lassen. Sie müssen die achtstündige Arbeitszeit und eine menschenwürdige Schlafgelegenheit fordern.

Gewerkschaft.

Generalversammlung des DMV. in Freiburg.

Ortskartell Freiburg des DMV. in Händen der Kommunisten.

Am Mittwoch, den 17. Dezember fand die fällige Generalversammlung des DMV., Zahlstelle Freiburg statt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Genosse Assert, der sich durch seine Sachlichkeit auszeichnete. Die Generalversammlung war schwach besucht. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung eroberten wir dieselbe vollständig. Sie war zuvor aus SPD., 3 KPD. und 1 Parteilosen zusammengesetzt, jetzt ist nicht ein einziger SPD.-Mann Mitglied der Ortsverwaltung.

Die von der Ortsverwaltung vorgelegten Anträge gelangten zur Annahme, und zwar auch die Erhöhung der Beiträge in der 1. und 2. Klasse von 70 auf 80 und 50 auf 60 Pfennige.

Die Erhöhung wurde vorgenommen zwecks Anstellung eines Arbeitersekretärs. Die SPD. stimmte dagegen.

Die Spaltungshyänen im Eisenbahnerverband.

Die Ausschlußbewegung innerhalb der Eisenbahner im Deutschen Eisenbahner-Verband hat vor einigen Monaten in Oberschlesien wahre Orgien gefeiert. Der Hauptvorstand hatte nach Oberschlesien den Bezirksleiter Blättermann heruntergeschickt, welcher mit den Eisenbahnern und Mitgliedern des DEV. Fraktur reden sollte. Die Maßnahmen Blättermanns brachten es mit sich, daß er den gesamten DEV. zerschlug und auffliegen ließ.

Jedoch Mitglieder des DEV. wehrten sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Ungeachtet dessen, das Blättermann eine Ortsgruppe nach der anderen aufzulösen bemüht war, schlossen sie sich zusammen, um den Sprengungsversuchen Blättermanns ein Ziel zu setzen. Wir hoffen, daß die Oberschlesischen Eisenbahner stark genug sein werden, um den Amsterdamer Spaltungshyänen das Handwerk zu legen.

Achtung bei den Ortsverwaltungswahlen!

Bei der Generalversammlung der Chemnitzer Ortsgruppe des DMV. wurde von einem kommunistischen Mitglied folgendes festgestellt, der Vorgang spielte sich am 16. Dez. ab:

Für die Wandererwerke wurden 33 Vertrauensmännerkarten ausgestellt, obgleich nur 200 Mann in diesen Werken dem DMV. angehören und nach dem Statut auf 25 Organisierte ein Vertrauensmann kommen soll.

Diese Tatsache konnte von den reformistischen Bürokraten nicht geleugnet werden. Sie sollte aber dazu dienen, bei den Neuwahlen der Ortsverwaltung nicht den Willen der wirklich vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck kommen zu lassen, sondern den reformistischen Bürokraten auch weiterhin ihre Posten zu sichern.

Bei den nahenden Ortsverwaltungswahlen im ganzen Reiche müssen unsere Fraktionen ganz genau über die tatsächliche Stärke der Organisationen in jedem Betriebe unterrichtet werden. Sie müssen es zu erzwingen wissen, daß ohne Wahlmanöver der Wille der Gewerkschaftsmitglieder bei den Neuwahlen zum Ausdruck kommt. Die beste Gewähr gegen die Betrugsmöglichkeiten wird die

straffste Werbearbeit für den Eintritt in die freien Gewerkschaften

in jedem Betrieb noch vor den Wahlen sein. Dann wissen wir, woran wir sind, dann kennen wir die Organisationsverhältnisse und können zuversichtlich an die Wahlen schreiten, wenn wir den Unorganisierten die Notwendigkeit des Eintritts in die Gewerkschaften auch politisch erklären. Es gilt, die Gewerkschaften in Kampforgane zu verwandeln. Unter den Unorganisierten haben wir noch ein freies Betätigungsfeld. Es sind ja meistens Arbeiter, die die Gewerkschaften verlassen haben wegen des reformistischen Führerverrats. Bei unserer Werbung müssen wir ihnen klarmachen, daß, wenn die jetzigen, freien Gewerkschaften, die nicht viel mehr als 3 Millionen Mitglieder zählen, mit 5 Millionen kampfentschlossenen Mitgliedern aufgefüllt werden, uns diese Aufgabe gelingt und eher gelingt, als man heute glauben könnte.

Betrieb und Werkstatt

Das Bündnis zwischen den Kommunisten und den Ingenieuren in Sowjetrußland.

Am 9. Dezember wurde der zweite Allrussische Kongreß des Verbandes der Ingenieure eröffnet. Während vor zwei Jahren der Verband erst 10000 Mitglieder zählte, beträgt die Zahl der organisierten Ingenieure zurzeit 50000. Genosse Bucharin führte in seiner Eröffnungsrede folgendes aus:

„Die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der technischen Intelligenz, die einen der wichtigsten Faktoren des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Fortschritts bedeuten, sind in der letzten Zeit in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten. Es kommt jetzt darauf an, daß auf Grund dieser bestimmten Beziehungen alles Praktische getan werde, um den höchsten Erfolg im Wachsen und in der Gesundung unserer Wirtschaft zu sichern. Die Partei, die Avantgarde der Arbeiterschaft, und die Ingenieure können und müssen als Freunde gegenseitig voneinander lernen. Wir müssen von euch den Geist der Technik (Technizismus) lernen und ihr von uns die breitere Fragestellung auf politisch-ökonomischem Gebiet, die nach den Gesichtspunkten unseres Sowjetsystems orientiert ist. In letzterer Beziehung soll es gar nicht auf einen Zwang, sondern auf wirkliche Ueberzeugung ankommen, die allein feste Erfolge im Aufbau unseres Landes ermöglicht. Vorwärts zum großen technischen Aufbau! Wenn die Methoden unserer Wirtschaft ganz unzweckmäßig wären, dann würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen. Diesbezüglich ist aber kein Streit möglich. Es geht aufwärts und unsere Methoden sind richtig!"

Lohnabbau statt Lohnzulage.

Eine ganz gemeine Provokation erlaubt sich die Direktion der Porzellanfabrik Königszelt ihren Arbeitern gegenüber. Nach dem letzten Schiedsspruch, welcher vorige Woche im Reichsarbeitsministerium gefällt wurde, sollen die Löhne der männlichen Arbeiter um 10 Prozent, die der weiblichen um 8 Prozent erhöht werden. Die Effektivlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich außerdem noch um 4 Prozent. Die Stückpreise der Akkordarbeiter sollen so gestellt werden, daß jeder Arbeiter seinen festgesetzten Mindeststundenlohn erreicht. Die Direktion denkt aber garnicht daran diesen letzten Passus auszuführen. Sie zahlt an die männlichen Akkordarbeiter lediglich die 4 Prozent. Bei einem Wochenverdienst von 20—30 Mk. 0,80 bezw. 1,20 Mk. Dabei steht fest, daß die Preise seit dem letzten Schiedsspruch, welcher im Juni gefällt wurde, um 40—60 Prozent gestiegen sind. Bei den weiblichen Akkordarbeitern geht man in einer gemeinen Art und Weise vor, die wohl einzig dasteht. Man zahlt denselben auch nur die 4 Prozent aber man zieht ihnen gleichzeitig 5 Prozent ab. Das Geschäft ist angeblich nicht in der Lage eine derartige Belastung zu ertragen. Während auf der einen Seite zu allem Möglichen Gelder vorhanden sind, speist man die Proleten welche die Werte schaffen, mit einem Hungerlohn ab. Ihr aber, Arbeiter und Arbeiterinnen schließt Euch fest zusammen, daß erst die proletarische Revolution mit diesen Ausbeutern aufräumen und Euch ein auskömmliches Dasein und einen freien Volksstaat schaffen wird.

El Arbeiter.

Vornehme Menschenkinder.

Huldschinskywerke Gleiwitz.

Im genannten Betrieb geht der Oberingenieur Wolonke durch den Betrieb und stellt bei einer Drehbank fest, daß seiner Auffassung nach dort etwas zu viel Oel verbraucht worden wäre. Er stellt den dabei beschäftigten Proleten Kutzias deswegen zur Rede.

K. entschuldigt sich und meint, daß müsse so sein, damit die Schneidemesser nicht so leicht kaput gehen. Darauf brüllt ihn der Oberingenieur an mit den Worten: „Ich haue Ihnen eine in die Fresse."

Dieser Ausdruck war nun dem Arbeiter doch etwas zu viel. Um so mehr, als der Mann ein Hühne von Gestalt, den Herrn Oberingenieur hätte mit einem Faustschlag zu Mus und Brei zusammengeschlagen.

Nachdem nun dieser Arbeiter es nicht mit der Tat aber in Worten dem Herrn „Vorgesetzten" begreiflich gemacht hat, daß das in die Fresse hauen mal auch einen umgekehrten Standpunkt nach sich ziehen könnte und dem Oberingenieur W. angesichts dieser selbstbewußten Haltung des Proleten das Herz in die Hose rutschte, schlich er sich feige davon. Aus dieser Tatsache heraus ersieht man, wie feig die Sklavenantreiber sich benehmen, wenn sie einmal auf einen energischen Standpunkt des Arbeiters treffen. Gleich einem begossenen Pudel zieht sich dann diese feige Blase zurück und sendet vom Hinterhalt aus seine giftigen Pfeile, um den Gegner zu erlegen.

Auch in diesem Falle kam die niederträchtige Feigheit und Gemeinheit des Sklavenantreibers zum Ausdruck. Als derselbe von dem Proleten abgeblitzt wurde, zog er es vor, zu verdusten und dem Arbeiter sodann die Kündigung und zugleich auch fristlose Entlassung zuzusenden.

Bezeichnend in dieser Frage ist die schuftige Charaktereigenschaft des Oberingenieurs Wolonke. Der Arbeiter soll sich ungerecht und ohne zu mucken von ihm prügeln lassen. Muckt er aber auf, so fliegt er unweigerlich auf die Straße.

Arbeiter der Huldschinskywerke! Duldet solch gemeines und charakterloses Verhalten Eurer sogenannten Vorgesetzten nicht länger. Rafft Euch auf, schart Euch zusammen und setzt einer solch gemeinen Behandlung den kräftigsten Widerstand entgegen. Erteilt auf ähnliche Gemeinheiten eine bessere und zugkräftigere Antwort.

Die brennenden Kohlenhalden.

Wir berichteten schon vor etlichen Wochen über die ungeheuren, riesig großen Kohlenhalden Oberschlesiens, welche in Brand geraten sind. Hunderttausende Tonnen Kohle verbrennen und die arme Bevölkerung Deutsch-Oberschlesiens muß nicht nur beim kalten Ofen sitzen, sondern auf Grund

der Verpestung der Luft durch giftige Gase

sich noch an der Gesundheit schädigen lassen. Die Gefahr, welche durch die giftigen Gase auf Grund des Brandes der Kohlenhalden entstanden ist, ist so groß, daß z. B. nicht nur die Gemeindevertreter der Gemeinde Michowitz sich veranlaßt fühlten, Stellung zu nehmen, sondern sogar schon Aerzte in Funktion treten müssen.

Im Interesse der Oeffentlichkeit fragen wir zum erneuten male an:

Wo bleibt die Staatsanwaltschaft? — Warum ahndet sie nicht die Verbrechen, die durch Sabotage der Unternehmer verursacht werden? —

Warum schützt die Polizei nicht die Gesundheit und das Interesse derjenigen Gemeindeeinwohner, die von den giftigen Gasen und Schwaden, welche den Kohlenhalden entströmen, geschädigt werden?

Was machen die Regierungsinstanzen Deutsch Oberschlesiens, um hier einzugreifen?

Wir warten auf Antwort.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

— Bei den Erdarbeiten zur Anlegung einer Wasserleitung in Heinrichau ist der 22 Jahre alte Arbeiter Franz Binder vor einigen Tagen verschüttet worden. Binder befand sich in einer Tiefe von 1,70 Metern, als die Erdmassen zusammenstürzten. Die Ausgrabung des Verunglückten wurde sofort in Angriff genommen und der Verunglückte in das Krankenhaus in Münsterberg gebracht, wo er aber gestorben ist.

— Ein Arm abgefahren wurde dem Lokomotivführer Kilian in Glogau, der als abgebauter Beamter die Kantine im neuen Bahnhof verwaltete. Außerdem erlitt der Bedauernswerte durch die Lokomotive noch andere Verletzungen.

— Bei der Eisenbahn-Unterführung in Sagan, Halbauer Straße, überfuhr das Lastauto den Arbeiter Gottwald aus Altdorf. Man brachte den Schwerverletzten nach dem Krankenhause, doch starb derselbe auf dem Transport.

— Beim Abputzen einer Decke kam der Maurer Otto in einer Liebauer Fabrik einer Welle zu nahe und wurde von dieser zur Seite geschleudert. Otto, der eine Kniequetschung und wahrscheinlich noch einen Knöchelbruch davontrug, fand sofort Aufnahme im Krankenhaus.

— Der 25jährige Schlosser Edmund Steuer aus Ottmachau geriet gestern vormittag, als er in der Abteilung für Unterbau im Eisenbahnausbesserungswerk beschäftigt war, zwischen die Puffer zweier Güterwagen und wurde hierbei in furchtbarer Weise gequetscht. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich, als man ihn aufhob, starb aber auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Wirtschaftliche Rundschau

Der Konflikt der interalliierten Schulden.

E. L. Das neue Jahr beginnt mit dem, womit im alten Jahr der Dawes-Plan Schluß machen wollte: mit einer interalliierten Konferenz. Diesmal sind es die Finanzminister der interalliierten Staaten, die sich zusammensetzen wollen. Ueber zwei Sachen wollen sie sich ihre Köpfe zerbrechen:

die Verteilung der Beute aus dem Dawes-Pakt
und
die Regelung des Problems der interalliierten Schulden.

Dabei zeigt sich schon heute, daß die ökonomische Befriedigung der Welt durch den Dawes-Pakt nur auf dem Papier steht. Man hat zwar die Frage, wie man den Generalschuldner der Welt — die deutschen Werktätigen — gemeinsam ausplündern will, durch einen schön konstruierten Plan „gelöst", wobei schon jeder Schritt zur Durchführung dieser Lösung die Widersprüche und die Unmöglichkeit der Durchführung des Planes aufzeigt. Aber man gerät sich in die Haare, sobald es gilt, an den zweiten Teil des Wirtschaftsaufbaues der Welt heranzugehen, nämlich für die Gläubiger, voran den Generalgläubiger der Welt — die Finanzmagnaten der Vereinigten Staaten — die Gewinne aus dem Dawes-Pakt einzustreichen.

Wochenlang haben bereits die Finanz-Sachverständigen der am Dawes-Pakt interessierten Staaten zusammen gesessen, um den Inhalt des Reparationstopfes unter sich zu verteilen. Aber sie mußten auseinandergehen, ohne ihre Aufgabe gelöst zu haben. Der Streitpunkt war vor allem der, ob auch die Vereinigten Staaten an dem Reparationserlös beteiligt sein sollen. Die Vereinigten Staaten fordern nämlich nicht nur Ersatz ihrer Besatzungskosten aus dem Reparationstopf, — dieser Anspruch wird im allgemeinen von den Alliierten anerkannt —; sie fordern auch die Wiedererstattung der Schäden, die amerikanische Bürger während des Krieges durch Deutschland erlitten haben. Frankreich und Belgien, die in finanzieller Abhängigkeit der Vereinigten Staaten zappeln, haben auch diesen Anspruch anerkannt. England dagegen, das erst hinter Frankreich aus den Reparationseinnahmen befriedigt wird, verweigert die Anerkennung. Es verweist die Vereinigten Staaten auf ihr Recht, das ihnen nach dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag eingeräumt ist, wegen dieser Ansprüche, ohne Rücksicht auf den Dawes-Pakt sich direkt an Deutschland zu halten.

Womit für die deutschen Proleten sich die liebliche Aussicht ergeben würde, außer den Dawes-Milliarden noch neue Millionen an die amerikanischen Großkapitalisten zahlen zu dürfen.

*

Verquickt wird jetzt mit dieser Frage der Verteilung der Dawes-Beute die Frage der interalliierten Schulden.

Wie diese sich verteilen, wie sie ein verwirrendes Netz von Forderungen und Verpflichtungen über alle Staaten der Welt spannen, ein Netz, in dessen Mittelpunkt das amerikanische Großkapital sitzt, zeigt die untenstehende Tabelle, die der „Kölnischen Zeitung" vom 12. Dezember entnommen ist.

Wäre die Frage der interalliierten Schulden nur eine Frage der Ausgleichung von Forderungen und Verpflichtungen, eine Geldzahlungsfrage, so brauchte man nur Forderungen und Verschuldungen gegeneinander aufzurechnen und den Rest an Amerika auszahlen. Aber das Problem der interalliierten Schulden ist so wenig ein reines Zahlungsproblem, wie das durch den Dawes-Pakt „geregelte" Reparationsproblem ein Zahlungsproblem gewesen ist, obwohl die Verpflichtungen Deutschlands, genau so wie die interalliierten Schulden, in Geldsummen ausgedrückt sind. Es handelt sich vielmehr auch hier um politische, um imperialistische Machtfragen der Beherrschung eines Staates durch den andern mittels der Schuldverpflichtung.

*

Das zeigt sich ganz deutlich bei den Aeußerungen der leitenden Staatsmänner Amerikas, Englands und Frankreichs zum Schuldenproblem.

Zuerst hat der amerikanische Präsident Coolidge in seiner Botschaft an den Kongreß Frankreich gegenüber erklärt, daß es seine Schulden zahlen müsse. Frankreich, das eben erst bei Morgan eine Anleihe von 100 Millionen Dollar aufgenommen hat, ist gezwungen, sich mit den Vereinigten Staaten über die Zahlung seiner Schulden, die mehr als 3,6 Milliarden Dollar ohne Zinsen betragen, zu verständigen. Aber Coolidge ist gegenüber Frankreich ein freundlicher Gläubiger. Er hat zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten bei der Regelung der französischen Schulden Frankreich etwas nachlassen würde. Was nichts anderes bedeutet, als daß die Vereinigten Staaten sich politisch in Frankreich auf dem europäischen Festland einen willfährigen Bundesgenossen und ökonomisch ein neues Dawes-Opfer erkaufen wollen.

Diese Erklärung Coolidges, Frankreich günstig zu behandeln, hat den Finanzminister des Kabinetts Baldwin, Churchill, auf den Plan gerufen. England ist bisher das einzige Land, das seine Schulden an die Vereinigten Staaten nicht nur anerkannt hat, sondern auch mit Rückzahlung und Tilgung begonnen hat. Es zahlt nach einem Abkommen, das Baldwin noch als Finanzminister im Jahre 1922 abgeschlossen hat, an die Vereinigten Staaten jetzt jährlich 30 Millionen Pfund Zinsen und Tilgungsquote.

Churchill hat nun Herrn Coolidge geantwortet, daß, wenn Frankreichs Schulden herabgesetzt würden, England einmal Frankreich gegenüber seine Forderungen von 623 Millionen Pfund geltend machen würde, und daß es weiter den Vereinigten Staaten gegenüber sich auf die Balfour-Note vom 1. August 1922 zurückziehen würde. In dieser Note steht, daß England nur so viel an die Vereinigten Staaten zahlen könne, als es selbst von seinen Schuldnern erhielte. Mit anderen Worten: erläßt Amerika einen Teil seiner Schuld, dann will England entweder von Frankreich mehr bekommen, oder entsprechend weniger an die Vereinigten Staaten zahlen.

*

Es ist klar, daß hier ein internationaler imperialistischer Konflikt ausbricht. England, indem es einerseits die Vereinigten Staaten mit geringerer Zahlung und andererseits Frankreich mit Schuldeneintreibung droht, will sich zwischen die von Coolidge beabsichtigten politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen drängen, die Frankreich zum Vasallen des amerikanischen Imperialismus auf dem europäischen Festland, also gegen England machen sollen.

Das Geschenk, das Coolidge Frankreich macht, ist für Frankreich ein höchst unbequemes Geschenk. Denn was es vielleicht von Amerika gegen schwere Konzessionen gewinnt, muß es an England zahlen.

Wie sehr England die schwierige Finanzlage Frankreichs in diesem internationalen Konflikt auszunutzen plant, zeigt der Vorschlag, der von englischer Seite zur Tilgung der französischen Verpflichtungen an England gemacht wird. Frankreich soll England in Höhe des Werts der französischen Zinsenverpflichtungen eine Vorzugszollquote der englischen Waren auf dem französischen Markt einräumen. Nachdem England durch den deutsch-englischen Handelsvertrag sich den deutschen Markt für seine Textilien gesichert hat, will es auch den französischen Markt erobern. Die interalliierten Schulden sind hier das Mittel für seine machtpolitische Ausdehnung. Sie sind das Mittel, dem Eindringen Amerikas in die französische Wirtschaft, auf dem französischen Markt sich zu widersetzen.

*

Schon dieser kurze Bericht über den Stand des Problems der interalliierten Schulden zeigt, daß der Dawes-Pakt nicht das Ende der internationalen imperialistischen Konflikte, sondern den Ausbruch neuer, verschärfter imperialistischer Konflikte bedeutet. Die Dawisierung des festländischen Europas nach dem Muster Deutschlands: das ist die Tendenz, die sich aus diesen imperialistischen Konflikten heute ergibt, wenn nicht das internationale Proletariat beizeiten diesen Tendenzen sich entgegen wirft.

Beginnen muß damit die deutsche Arbeiterschaft, indem sie den Dawes-Pakt zerschlägt.

Der Katalog der interalliierten Schulden.

England hat zu fordern

laut amtlichem Ausweis des Schatzamts vom 29. April 1924:

von den Dominien:		
Australien	89 271 000	Pfund Sterling
New Zealand	29 189 000	„ „
Südafrika	11 884 000	„ „
andere Dominien und Kolonien	1 146 000	„ „
	131 490 000	Pfund Sterling
von den Verbündeten:		
Rußland	722 546 000	Pfund Sterling
Frankreich	623 279 000	„ „
Italien	553 300 000	„ „
Südslawien	28 481 000	„ „
Portugal, Griechenland, Rumänien und andere	73 322 000	„ „
	2 000 928 000	Pfund Sterling
Hilfs- und Wiederaufbauanleihen:		
Oesterreich	10 794 000	Pfund Sterling
Polen	4 394 000	„ „
Rumänien	2 196 000	„ „
Südslawien	2 252 000	„ „
Belgien	9 000 000	„ „
Armenien	865 000	„ „
Andere Staaten	962 000	„ „
	30 463 000	Pfund Sterling
Gesamtsumme	2 162 881 000	Pfund Sterling

Englands Schuld an die Vereinigten Staaten beträgt 940 479 000 Pfund Sterling

Frankreich hat zu fordern

von Italien	1 000 000 000	Goldfranken
von Rußland	4 000 000 000	„
von Belgien	2 250 000 000	„
von Südslawien	500 000 000	„
von Rumänien u. a. Ländern	1 250 000 000	„
zusammen	9 000 000 000	Goldfranken
d. h. etwa	360 000 000	Pfd. Sterling

Frankreich schuldet aber		
an England	623 279 000	„ „
an die Vereinigten Staaten 3 634 762 000 Dollar =	748 000 000	„ „
und Zinsen	75 000 000	„ „
zusammen	1 446 279 000	Pfd. Sterling

Außer der englischen Schuld von 940 479 000 Pfund Sterling, deren Verzinsung und Tilgung von Baldwin, dem jetzigen Ersten Minister, als Schatzkanzler des Kabinetts Bonar Laws für 61 Jahre festgelegt wurden, haben

die Vereinigten Staaten zu fordern:

von Frankreich	3 634 762 938	Dollar und Zinsen
„ Italien	1 809 034 051	„ „ „
„ Belgien	409 280 147	„ „ „
„ Rußland	211 601 297	„ „ „
„ Polen	135 661 661	„ „ „
„ Tschechoslowakei	97 179 529	„ „ „
„ Südslawien	54 653 160	„ „ „
„ Rumänien	38 628 495	„ „ „
„ Oesterreich	24 055 709	„ „ „
„ Griechenland	15 000 0000	„ „ „
„ Esthonia	13 999 146	„ „ „
„ Armenien	11 959 917	„ „ „
„ Kuba	9 025 500	„ „ „
„ Finnland	8 281 926	„ „ „
„ Latvia	5 132 287	„ „ „
„ Litauen	4 981 628	„ „ „
„ Ungarn	1 685 836	„ „ „
„ Liberia	26 000	„ „ „
zusammen	6 484 949 227	Dollar und Zinsen

England zahlt.

(WTB.) London, 15. Dezember. Heute hat England eine Ratenzahlung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten von insgesamt 91 655 000 Dollar abgeführt.

Davon sind 68 655 Millionen Dollar Zinsen und 23 Millionen Kapitaltilgung.

Die „Sanierung" Ungarns.

Die Herrschaft Macdonalds war von kurzer Dauer. Jetzt werden alle verräterischen und konterrevolutionären Tätigkeiten seiner Regierung aufgezählt. Dabei wird aber eine große Tat Macdonalds vergessen: daß seine Regierung mit Hilfe des Völkerbundes und der ungarischen Sozialdemokratie der Regisseur der ungarischen Sanierungsaktion gewesen ist. Die „Arbeiterregierung" Macdonalds und die ungarische Sozialdemokratische Partei gingen Hand in Hand, um das vor dem Abgrund stehende Horthy-Bethlen-Regiment des weißen Terrors wirtschaftlich und politisch zu befestigen.

Seit der Sanierungsaktion sind 4 Monate verflossen. Es ist jetzt möglich, nicht durch Redensarten, sondern durch Tatsachen ihre Bilanz zu ziehen. Das Ergebnis der Sanierungsaktion ist schon an ihrer Wurzel faul. Nach dem letzten Bericht des Völkerbundskommissars für Ungarn, Smith, beträgt das Defizit während der drei Monate Sanierung 8 Millionen Goldkronen mehr, als in dem Völkerbundsplan vorausbestimmt war. Die Kaufkraft der Krone auf dem inneren Markt ist im Verhältnis zum Weizenpreis während der Sanierungsperiode um 50 Prozent gefallen, d. h. der Weizenpreis ist um 50 Prozent gestiegen. Es herrscht

eine allgemeine Produktionskrise.

30 Prozent der Maschinen- und Metallindustrie ist vollständig stillgelegt, 20 Prozent der Betriebe arbeiten verkürzt. Wegen des verminderten Kohlenverbrauchs feiern 20 Prozent der Zechen. Die chemische Industrie hat um 50 Prozent ihre Produktion eingeschränkt. Die Mühlenindustrie arbeitet nur mit 10 Prozent ihrer Produktionsfähigkeit. Die fleischverarbeitende Industrie leidet ebenfalls unter der schweren Krise. Zur Industriekrise kommt hinzu die schlechte Ernte. Während die Weizenernte im Jahre 1922 18,4 Millionen Doppelzentner ergab, beträgt die heurige Ernte nur 13,7 Millionen Doppelzentner.

Die wichtigsten Ursachen der Industriekrise sind:

1. Die große Kapitalnot und Zinswucher. 2. Zusammenschrumpfung des Auslandsmarktes wegen der Hochschutzzollpolitik der Nachbarstaaten, des Inlandsmarktes wegen der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung.

Der Agrar- und Industriebourgeoisie ist es gelungen, die Lasten der Sanierung auf die Schultern des Stadt- und Landproletariats, der Kleinbauern und des Kleinbürgertums vollständig abzuwälzen. 80 bis 85 Prozent der Staatseinnahmen bilden die indirekten Steuern, d. h. die verschiedenen Verbrauchssteuern. Dank der ungeheuren Steuerlasten und der schweren Industrie- und Agrarkrise hat sich in letzter Zeit der Klassengegensatz bedeutend verschärft.

Die Sanierung der Herrschaft des ungarischen Großgrundbesitzes und Großkapitals

bedeutet für die ungarische Arbeiterschaft Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, Ueberstundenarbeit, verschärfte Unterdrückung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Bewegung. Die Zahl der Arbeitslosen, auch die nichtorganisierten Arbeiter einbegriffen, beträgt zur Zeit ungefähr 65 000, die Zahl der Kurzarbeiter ungefähr 30 000. Die Not der Arbeitslosen ist unbeschreiblich, da weder der Staat noch die Gemeinde irgend eine Unterstützung zahlen. Arbeitslosenunterstützung zahlen nur die Gewerkschaften an ihre Mitglieder. Die Folge davon ist, daß mehrere tausend Arbeitslose zum Hungern oder zum Auswandern verurteilt sind.

In der Mühlenindustrie, der fleischverarbeitenden und der Textilindustrie und in einem Teil der Eisen- und Walzwerke und Maschinenfabriken beträgt die Arbeitszeit zwischen 10 und zwölf Stunden täglich. Obwohl nach dem Existenzminimum der Stundenlohn eines Arbeiters 1,10 Goldkronen beträgt, ist der wirkliche Verdienst für einen Stundenlohn für Textilarbeiter 0,35 Goldkronen, Ziegelarbeiter 0,34, Holzarbeiter 0,38, für chemische Arbeiter 0,36, für den Farbarbeiter in der Maschinenindustrie 0,35 Goldkronen. Um die Kampfkraft der ungarischen Arbeiterschaft gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung zu verhindern ist die Koalitions- und Versammlungsfreiheit auf ein Minimum eingeschränkt. Bereits bestehende Ortsgruppen werden aufgelöst, Neugründungen werden nicht zugelassen.

Die wirtschaftliche Bilanz der drei Monate Sanierungsaktion ist ganz und gar negativ. Den ungarischen Großgrundbesitzern und der Großfinanz ist es trotz der Hilfe der internationalen Bourgeoisie und der II. Internationale nicht gelungen, die Aufgabe der Sanierung restlos zu erfüllen.

Auch die innere Krise der regierenden Partei, wo der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz, Großfinanz und dem Mittel- und Kleinbauerntum zur Sprengung derselben geführt hatte, ist hierauf zurückzuführen. Die Arbeiterschaft sieht jedoch all diesen Machenschaften nicht blind gegenüber. Obwohl der ganze Staatsapparat auf die Unterdrückung der Arbeiterschaft eingestellt ist, konnte sie doch durch eine mächtige Demonstration anläßlich der Jahreswende der I. Internationale ihre Feindschaft gegenüber dem Regierungspack dartun. Die oppositionelle Bewegung marschiert.

Andreas Rez.

Wie sie verdient haben.

Die Goldbilanz des Anilin-Konzerns.

Der Anilinkonzern hat sein Kapital auf Gold umgestellt. Aber während nicht nur die Banken, sondern ein großer Teil auch der großen Konzerne heute ein Goldkapital aufweisen, das bestenfalls dem Friedenskapital gleichkommt, ist das Goldkapital des Anilinkonzerns gegen das Friedenskapital gewachsen.

Der Anilinkonzern hat sein Papiermarkkapital im Verhältnis von 5 : 1 auf 641,6 Millionen Mark Stammaktien und 4,4 Millionen Mark Vorzugsaktien zusammengelegt. Dazu kommen noch die Anteile der Chemischen Fabrik Leopold Cassella u. Co. in Frankfurt a. M., die auf 10 Millionen Goldmark geschätzt werden.

Das Vorkriegskapital der zum Anilinkonzern gehörenden Gesellschaften betrug im ganzen etwa 144 Millionen Mark, d. h. etwa nur ein Viertel des jetzt festgesetzten Goldkapitals. Das Kapital des Anilinkonzerns hat sich also in den letzten zehn Jahren vervierfacht.

Der Anilinkonzern gehörte während des Krieges zu den großen Rüstungsbetrieben. Dort hat er die Grundlage für seine Kapitalsausdehnung mit den Giftgasen gelegt, durch die Millionen von Proletariern hingemordet wurden. Nach dem Krieg hat der Anilinkonzern, voran die Anilinpatrioten in Oppau, seine patriotischen Geschäfte mit Poincaré zur Verschacherung der Giftgaspatente an Frankreich gemacht. Das und die Kreditaufnahme in Amerika, also die Verschacherung deutscher Produktionsmittel an das internationale Großkapital, hat dann während der Geldentwertungszeit und während der Kreditkrise das Kapital noch weiter vermehrt.

Jetzt sitzen die Herren Anilinpatrioten auf ihren Geldsäcken und lassen gegen Hundelöhne die Arbeiter ihre Golddividenden herausschuften. Während das Goldkapital des Konzerns viermal so groß ist wie vor dem Kriege, stehen gerade die Löhne der chemischen Arbeiter auch nominell noch immer unter den Friedenslöhnen.

Die Sozialdemokraten, die diese Goldbilanzzahlen lesen, schwätzen ihren Anhängern von dem erfolgreichen „Aufbau der Wirtschaft" durch den Dawes-Pakt vor. Die Arbeiter aber die wissen, woher der Millionensegen der Anilinfabrikanten kommt, nämlich aus ihren Knochen aus ihrem Schweiß erkennen daß jene diesen Millionengewinn nur einsacken konnten, weil die deutsche Arbeiterklasse sich bisher noch nicht zur Sozialisierung des Industriekapitals aufraffen konnte.

Kampf um die Sozialisierung im Sinne der Gothaer Forderungen — das ist die unabweisliche Konsequenz auch aus dieser für das Großkapital erfolgreichen Umstellung des Anilinkonzerns.

Breslau

Kleibömers Polizei strengt sich an.

(86% Nahrungsmittelfälschungen.)

Durch die Nahrungsmittelkontrollbeamten des Polizeipräsidiums wurden im Monat November dieses Jahres von über 100 zur Untersuchung angekauften Proben 16 Proben Vollmilch, die zum Teil gewässert und entrahmt waren, 5 Proben Butter wegen zu hohen Wasser-, bezw. Kochsalzgehalts, 11 Proben Trinkbranntwein wegen zu geringer Maßprozente, 1 Probe Wurst, 1 Probe Pöckelfleisch, 1 Probe Konfekt, weil verdorben, und 1 Probe Majoran, weil verfälscht, beanstandet.

Auf Sauberkeit wurden 277 Schankwirtschaften kontrolliert. 11 Schankwirtschaften wurden wegen schmutziger Bierleitungen und Spülwannen sowie wegen Ingebrauchnahme von Bierdruckvorrichtungen ohne die erforderliche Genehmigung zur Anzeige gebracht.

Außerdem wurden 8 Geschäftsinhaber wegen Verkaufs von Lebensmitteln nach Ladenschluß und 5 Personen wegen Verkaufs von Waren, die beim Milchhandel nicht zugelassen sind, zur Anzeige gebracht.

184 Fleischgeschäfte wurden kontrolliert und hierbei 258 kg Fleisch, welches tierärztlich nicht untersucht war und 130 kg Fleisch, weil verdorben, beschlagnahmt.

*

Von 100 zur Untersuchung gebrachten Proben sind 36 gefälscht. Das heißt die oberflächliche polizeiliche Untersuchung ergab schon 36% Nahrungsmittelfälschungen. Das ist ein geradezu unerhörtes Ergebnis. Hier zeigt sich so recht die „Wohlanständigkeit" und die „Ehrlichkeit" vieler Geschäftsleute. Nur um recht viel zu verdienen, werden Nahrungsmittel gefälscht und damit allen möglichen Krankheiten Tür und Tor geöffnet. **Wir fordern die Breslauer Bevölkerung auf, mehr wie bisher auf die Nahrungsmittel zu achten, Untersuchung zu fordern, und die Polizei zu zwingen, schärfer den Nahrungsmittelfälschungen zu Leibe zu gehen. Und Sie, Herr Polizeipräsident, haben hier ein dankbareres Gebiet, als wenn sie ihre Krims-Jagd auf die Kommunisten machen lassen.**

Der Breslauer Magistrat pfeift auf die Stadtverordneten

Wir haben schon mitgeteilt, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten, den Gaspreis auf 18 Pfennige zu verbilligen, nicht nachkommen wird. Jetzt veröffentlicht der Magistrat seine Begründung, die sehr fadenscheinig ist, aus der aber sehr klar hervorgeht, daß der Magistrat sich nicht an die Beschlüsse der Stadtverordneten halten will. Er führt an, daß die Verbilligung bei den einzelnen gar nicht ins Gewicht falle, für ihn aber insgesamt einen großen Verlust bedeute, der anderweitig nicht auszugleichen werden könne. Wir sagen, wenn der Wille vorhanden ist, dann wäre auch die Verbilligung des Gases möglich gewesen, allerdings auf Kosten der Besitzenden. Aber das wollen weder Bürgerliche noch Sozialdemokraten. Darum geben sich letztere auch mit diesem Bescheid zufrieden anstatt den Magistrat zu zwingen, die gefaßten Beschlüsse durchzuführen. Die werktätige Bevölkerung Breslaus darf sich mit diesem Bescheid nicht begnügen. Sie muß und wird die Verbilligung erzwingen.

*

Mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wird die bisherige Abteilung VI e des Polizeipräsidiums, in welcher Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungssachen bearbeitet werden, der Abteilung III angegliedert. Letztere befindet sich in den Räumen der ehemaligen Stadtgrabenkaserne, Eingang Freiburger Bahnhofsplatz. — Die zurzeit dort noch untergebrachte Abteilung IV des Polizeipräsidiums wird in die Räume der Rosenthaler Straße 11/13 verlegt. Von dieser Abteilung werden vom 1. Januar 1925 ab sämtliche Wohlfahrts-, Sanitäts- und Veterinärsachen bearbeitet.

Aus der Provinz

Proletarisches Weihnachtslied!

Stille Nacht, traurige Nacht,
Rings umher Lichterpracht,
In der Hütte nur Elend und Not,
Kalt und öde, kein Geld und kein Brot,
:: Schläft die Armut auf Stroh. ::

Stille Nacht, traurige Nacht,
Unten tief in dem Schacht
Wetter blitzen, in drückender Fron
Gräbt der Bergmann um niedrigen Lohn
:: Für die Reichen das Gold. ::

Stille Nacht, traurige Nacht,
Henkersknecht hält die Wacht,
In dem Kerker gefesselt, geächt,
Leidet schmachtend für Freiheit und Recht
:: Mutige Kämpferschar. ::

Stille Nacht, traurige Nacht,
Arbeitsvolk haltet Wacht,
Kämpft nur mutig mit eifriger Pflicht,
Bis die Weihnacht der Menschheit anbricht,
:: Bis die Freiheit ist da. ::

Was frag' ich viel nach Geld und Gut.

Eine Arbeiterin schreibt:

Vor einiger Zeit kam eines meiner Kinder mit einem herrlichen Lied nach Hause — das hatte es in der Schule gelernt. Wenn man es hörte, mußte man sich entsetzt fragen: wird denn heute noch immer vollständig gedankenlos auswendig gelernt? Es heißt:

„Was frag ich viel nach Geld und Gut,
Wenn ich zufrieden bin?
Gibt Gott mir nur gesundes Blut,
So hab ich frohen Sinn,
Und sing aus dankbarem Gemüt
Mein Morgen- und mein Abendlied."

Welche Wirkung beabsichtigt man, wenn man solche Lieder an unsere Kinder heranbringt? Man will ihnen einprägen, daß wir nach Geld und Gut nichts zu fragen haben. Wir sind eben gut genug, unsere ganze Kraft herzugeben und für Hungerlöhne unmenschlich zu schuften, damit die deutschen Kapitalisten ja nicht einen Pfennig für den Dawesplan zu „opfern" haben. Es wäre ja furchtbar, wenn Reparationszahlungen aus den Gewinnen des Kapitals bestritten werden müßten. Das geht nicht. — Kapitalisten müssen sehr nach Geld und Gut fragen. — aber wir Arbeiter, die ihnen beides schaffen, müssen schön zufrieden sein — oder bei schlechtem Essen gedrängt in engen Wohnungen leben, ohne gesunde Luft, ohne weite Schlafzimmer, ohne einen Raum, wo man sich alle Tage gründlich waschen könnte — ohne ein eigenes Bett für jedes Kind — — dann muß man allerdings einen lieben Gott suchen, der einem Gesundheit vom Himmel bringt. Und auch dann wird sie bei unseren Lebensbedingungen schnell wieder zum Teufel sein. Und dann „hab ich frohen Sinn und danke". — Wenn man uns wenigstens dazu sagte, worüber wir froh sein könnten, wofür wir danken sollen. Dafür, daß wir andere Leute reich machen? Dafür, daß wir keine helle Stunde des Tages unsere Männer zu Hause sehen, weil sie vor Hellwerden zur Arbeit müssen und erst nach Dunkelwerden zurückkommen, daß wir unseren Kindern im Winter keine warmen Kleider anziehen können, weil wir wahnsinnig genug waren, jahrzehntelang nicht nach Geld und Gut zu fragen?

Das muß endlich ein Ende haben. Wir müssen ganz klar und bewußt den Kindern zeigen, daß solche Lieder uns verdummen und von dem unvermeidlichen Kampf ablenken sollen. Wir müssen sie auf alle die Dinge hinweisen, um derentwillen wir selbstverständlich nach Geld und Gut fragen und fragen müssen. Sie sollen diese Gedanken auch in ihre Schulen hineintragen und ruhig erklären, warum ein Proletarierkind solche Lieder nicht singen kann — es müßte sich ja selbst verhöhnen.

Solcher Lieder gibt es noch mehr. — Achtet auf alles, was unsere Kinder in unsern Volksschulen lernen.

Abtreibungs- und Kindesmord-Prozesse.

Die Folgen des Elends und des Hungers.

Ratibor. Im März d. J. war in Zauchwitz (Kreis Leobschütz) die Gärtnerstochter Elisabeth Fiegler plötzlich verstorben. Es lauchte das Gerücht auf, daß das Mädchen den Folgen eines unerlaubten Eingriffs erlegen sei, weshalb die Leiche wieder ausgegraben wurde. Nach der Sezierung wurde die Hebamme Flora Schwenke in Leobschütz verhaftet, die sich in der Gefängniszelle erhängte. Weiter wurden noch mehrere Besitzerstöchter und zwei Männer aus Zauchwitz verhaftet, gegen die man nunmehr verhandelte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung von drei Angeklagten zu sieben, fünf bezw. zwölf Monaten Gefängnis wegen Verbrechens gegen § 218, Absatz 1.

Wohlau. Die Dienstmagd Kempinski in Marienruh hat ihr kürzlich geborenes Kind bei lebendigem Leibe verbrannt. Durch Zufall kam die aus Verzweiflung und Not begangene Tat an das Tageslicht. Bei einer Nacheichungskontrolle sah ein Oberlandjäger die Kempinski — deren Zustand ihm bekannt war — und fragte gelegentlich nach ihrem Kinde. Diese antwortete, daß sie das Kind verschenkt habe. Nachforschungen ergaben jedoch die Unwahrheit. Darauf erklärte die Kempinski, daß das Kind durch seinen Vater nach Breslau abgeholt worden sei und sie ihm das kleine Wesen zum Bahnhof Camin gebracht habe. Auch das erwies sich als unwahr. Schließlich gab die Dienstmagd unter dem Druck der Verhältnisse zu, das Kind bei lebendigem Leibe verbrannt zu haben. Später fand man dann auch die angebrannten Restteile des Kindes im Dünger bezw. in der Jauchegrube.

Glogau. Angesichts des erdrückenden Beweismaterials hat das Dienstmädchen Bartsch aus Höckricht ein Geständnis abgelegt, vorigen Monat ihr unehelich geborenes Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Sie gibt an, daß sie nicht gewußt habe, wer für das Kind sorgen solle.

Liegnitz. Ein Massen-Abtreibungsprozeß beschäftigte in vielstündiger Sitzung das hiesige erweiterte Schöffengericht. Nicht weniger als 28 Angeklagte beiderlei Geschlechts, meist Frauen aus der werktätigen Bevölkerung, standen auf der Anklagebank. Die Angeklagten stammten meist aus der näheren oder weiteren Umgebung von Liegnitz, während der Hauptangeklagte in Liegnitz selbst seinen Wohnsitz hat.

Gleich nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, der sich auf die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches stützte, wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, nur der Presse wurde die Anwesenheit gestattet. Es handelt sich um folgenden Sachverhalt, der in der Hauptsache schon einige Jahre zurückliegt.

Am 20. Mai 1921 wurde in das Krankenhaus zu Wohlau eine Witwe Sch. eingeliefert, die dann am 7. Juni 1921 starb und am 11. Juni seziert wurde, weil die Todesursache rätselhaft und bedenklich erschien. Die Obduktion der Leiche ergab als Todesursache eitrige Bauchfellentzündung und allgemeine Blutvergiftung. Die weiteren Feststellungen des Medizinalrats Dr. Fischer (der berüchtigte Gefängnisarzt des Graupe) ergaben „mit hoher Wahrscheinlichkeit", daß die Frau schwanger gewesen und ihre Frucht abgetrieben hatte. Die weiteren Nachforschungen im Nachlaß der aus dem Wohlauer Landkreise stammenden Toten ergaben das Vorhandensein eines Briefes vom 20. April 1921 datiert, der von einem Herrn Paul W. in Liegnitz an die Frau gerichtet worden war und die Todesursache etwas aufzuklären schien. Die Frau hatte sich bei Lebzeiten wegen „Frauenleiden" an W. gewandt und von ihm Auskunft und Rat erhalten. Sie tat dasselbe, was fast jede arme Frau macht, der kein Arzt hilft, während die reichen Bourgeoisfrauen gegen gute Bezahlung stets Aerzte zur Verfügung haben. W. hatte damals ein unverfängliches Inserat in den Blättern. Sie gingen zum Kurpfuscher. W. hatte damals ein unverfängliches Inserat in den Blättern erlassen.

Daraufhin wurde nun eine Haussuchung bei W. in Liegnitz abgehalten und dabei nicht nur der Prospekt, sondern auch eine Menge von Medikamenten, Pillen, Tropfen, Tees, Pulvern, Seifen usw. vorgefunden. Auch Menstruationstropfen, -Pulver und -Tees, die gegen „krankhafte Störungen" angewandt werden sollten, spielten dabei eine Rolle. Weiter wurde ein umfangreicher Briefwechsel entdeckt, den W. mit seinen Kunden und Kundinnen unterhielt, in welchem ihm diese den Dank für seinen Rat und Hilfe aussprachen. Außer mit Schutzmitteln handelte W. auch mit Instrumenten, und soll dieselben auch selbst eingesetzt haben.

Es wurde nun eine lange Untersuchung gegen W. und 27 Mitangeklagte eröffnet. Am 22. August 1924 verhaftete man W.

Nachts 11½ Uhr wurde das Urteil verkündet. Es klagte gegen W. auf 2½ Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Die Mitangeklagten wurden teils freigesprochen, teils mit Gefängnis von 2—6 Monaten bestraft, erhielten aber Strafaufschub für drei Jahre.

*

Nicht nach Berlin und nicht nach anderen Gegenden Deutschlands braucht man zu gehen, um solche Vorfälle, für die nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Verantwortung trägt, zu hören. In Schlesien, im Land der schlechtesten Löhne und teuersten Lebensbedingungen, passieren solche Dinge. Ein Abtreibungsprozeß jagt den anderen. Kindesmorde und Abtreibungen setzen Frauen in Aufregung. Dem in der heutigen Zeit, in der die werktätige Bevölkerung unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen gezwungen wird zu leben, ist fast jede Frau darauf bedacht, den Familienkreis nicht zu vergrößern. Die Frau nimmt Mittel gegen die Empfängnis, sie treibt selbst ab oder läßt sich die Frucht abtreiben. Die noch nicht gesetzlich verheiratete Frau entledigt sich den Folgen ihres Verkehrs, um nicht der Schande zu verfallen. Das Dienstmädchen beseitigt das Kind, weil es niemand aufnehmen und sie selbst nicht die Arbeit verlieren will. Alles das, weil der Staat Gesetze hat, die mit dem wirklichen Leben in keinerlei Verbindung stehen.

Die Kommunistische Partei hat als einzige Partei den Kampf um die Beseitigung der Abtreibungsparagraphen aufgenommen. Sie wird auch hier auf das schärfste bekämpft von allen anderen Parteien. Auch die Sozialdemokratische Partei stimmt in der Praxis für den Abtreibungsparagraphen. Beweise: Die Abstimmungen im sächsischen Landtage, Reichstage usw. Sogar die Theaterstücke der Kommunistischen Partei über den Abtreibungsparagraphen werden in Schlesien verboten. Die Proletarierinnen sollen nicht aufgerüttelt werden.

In Sowjetrußland ist es anders. Dort braucht die Frau nicht abzutreiben. Die Kinder ernährt dort der Staat. Wenn sie aus irgendwelchen Gründen die Frucht entfernen wollen, dann stehen ihnen Aerzte und Krankenhäuser zur Verfügung. Denn es ist ein Arbeiterstaat, der für die Arbeiter da ist. Deutschland aber ist ein kapitalistischer Staat, der nur für die Besitzenden da ist. Darum wird auch erst ein Sowjet-Deutschland die Abtreibungsparagraphen beseitigen.

Ein beleidigter Unternehmer oder Kommunistenfresser an der Arbeit.

Die Herren Unternehmer versuchen mit allen Mitteln gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu hetzen und sie mundtot zu machen. Während der Wahlzeit hatten sie die schönsten Worte über die Arbeiter auf den Lippen, doch wenn einmal ein Kommunist die Worte dieser Herren ins rechte Licht setzen will, so sind die „Arbeiterfreunde" außer Rand und Band.

Am 4. Dezember fand in Carlowitz eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt. In der Diskussion sprach unser Genosse Kolberg, der den Anwesenden an Hand von Beweisen ziemlich deutlich die Deutschnationalen als Verräter der Arbeiter und brutale Ausbeuter schilderte. Die Ausführungen unseres Genossen gingen den anwesenden Unternehmern an die Nieren und ein Herr Dr. Strahl fühlte sich besonders getroffen. Dieser Dr. Strahl ist selbstverständlich **Fabrikbesitzer.** Unser Genosse Kolberg rief ihm zu: „Wenn Sie sich deutscher Held schimpfen und ein offenes Herz für die Arbeiter haben, warum zahlen Sie dann denselben einen Hungerlohn?" Dieser Zuruf war zu dicke. Dr. Strahl kochte vor teutscher Wut und schickte am nächsten Tag unserem Genossen einen Brief, in dem er auffordert, daß unser Genosse seine in der Versammlungen gemachten Ausführungen zurücknehme. Diesem Brief des Dr. Strahl folgte ein Schreiben seines Rechtsanwaltes, indem es heißt, daß unser Genosse die Behauptung aufgestellt habe, daß bei der Firma Strahl und Walter Schwerkriegsverletzte beschäftigt werden, denen man einen Hungerlohn zahlt. Und weiter heißt es in diesem Schreiben, daß, wenn Genosse Kolberg seine Worte nicht zurücknehme, der „schwergetroffene" Dr. Strahl zum Kadi laufen wird.

Unser Genosse Kolberg hat selbstverständlich kein Interesse daran, die Briefe überhaupt zu beantworten.

Stimmt es vielleicht nicht, daß die Firma: Strahl und Walter ihren Arbeitern Hundelöhne zahlt, selbst wenn sie dem Tarif entsprechen? Stimmt es weiter nicht, daß die Schwerkriegsbeschädigten auch dem allmählichen Hungertode verfallen? Wenn der Herr Dr. Strahl sein vaterländisches Herz nicht auf den Lippen hätte, so hätte unser Genosse keine Veranlassung gehabt, ihn öffentlich anzuklagen. Ist es nicht die ganze Deutschnationale Fraktion, hinter der der deutsche Industrieverband steht, die Schwerkriegsbeschädigte und Arbeiter bis zum Weißbluten ausbeuten? **Kein Arbeiter wird sich finden, der für Herrn Dr. Strahl zeugt, daß derselbe tatsächlich ein großer Arbeiterfreund sei.**

Sollte aber Herr Dr. Strahl doch ein sozialer Herr und Freund der Arbeiter sein, so wird er es noch oft genug mit der Tat beweisen können.

Die Fälschungen in einer Gemeindekasse.

Schweidnitz, 22. Dezember.

Eine „feine" Auffassung von Kassengeschäften hatte der Landrat und Gemeindevorsteher Gustav Anders in Bunkelwitz. Seine Kassenführung war in große Unordnung geraten, so daß Anders nicht mehr wußte, ob er 852 Mark Landesschulgeld an die Kreiskasse abgeführt habe oder nicht. Da aber der Betrag fehlte, fertigte er in Ermangelung einer Quittung eine falsche an und versah diese mit einer unleserlichen Unterschrift, um damit dem Gemeindeschreiber, Lehrer Kauffmann, gegenüber den Anschein zu erwecken, daß die Abführung des Geldes an die Kreiskasse erfolgt sei. Wie sich später herausstellte, war das Geld verlegt worden. Inzwischen war aber die Fälschung der Quittung erkannt worden. Wegen einfacher Urkundenfälschung verurteilte ihn das Schöffengericht zu einer Strafe von 120 Mark.

Sturm im Schweidnitzer Stadtparlament.

Vergewaltigung der Linken, Affentheater der Rampe-Partei.

Einen stürmischen Verlauf nahm die letzte Stadtverordnetensitzung, wobei es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Bürgermeister und Deutschnationalen einerseits und den Vertretern der Arbeiterschaft andererseits kam. Nachdem eine „geheime Sitzung" vorangegangen war, wurden in der öffentlichen Sitzung zunächst Wahlen vorgenommen. Stadtbaurat und besoldete Magistratsmitglieder wurden gegen die Stimmen der Linken gewählt. Dann wurden eine Anzahl Vorlagen mit riesiger Geschwindigkeit durchgepeitscht und angenommen. Ebenso wurde die Aufhebung der Herbergssteuer beschlossen. Eine längere Debatte setzte die Festsetzung der Beiträge für die Fortbildungsschule ein. Eine längere Debatte setzte die Festsetzung der Beiträge für die Fortbildungsschule ein. Es wurde hierbei besonders von unseren Genossen auf die gewissenlose Lehrlingszüchterei hingewiesen, was bei dem Bürgerpack lebhafte Bewegung auslöste. Die Debatte wurde dann durch die bürgerliche Mehrheit abgewürgt, was auf der Tribüne mit Pfui und Unerhört beantwortet wurde. Der Antrag der SPD. zwecks Herabsetzung der Gaspreise peitschte die Gemüter aufs neue auf. Die SPD. hatte eine Herabsetzung von 22 auf 20 Pfg. des Kubikmeters verlangt.

Unser Genosse Hirsch verlangte eine weitere Herabsetzung auf 16 Pfg. und für die Sozialrentner und Erwerbslose 4 Kubikmeter gratis zu geben.

Der Antrag der SPD. wurde trotz des Ablehnungsversuches der beiden Bürgermeister angenommen. Einen glänzenden Reinfall erlebten die Deutschnationalen mit ihren Agitationsanfragen. Es wurde hierbei die Quäkerspeisung angeschnitten, über die wir seinerzeit schon in der „Schlesischen Arbeiterzeitung" berichtet hatten. Ungeheure Entrüstung herrschte, als es sich herausstellte,

daß minderwertiges Mehl an das hiesige Kesselstift zur Weiterverwendung verschoben sei.

Zwischen dem Bürgermeister und der Linken kommt es zu stürmischen Szenen. Einige Bürgervertreter verlassen entsetzt das Parlament. Es gibt Ordnungsrufe, was mit Lärm und Gelächter beantwortet wird. Noch schlimmer ergeht es der Schaukelpartei mit der zweiten Anfrage. Ausgerechnet die Deutschnationalen fragen an, warum Milch, Butter usw. hier so teuer ist (ihre eigene Schuld). Diese Anfrage gehörte an den Landbund. Sie hätten klüger getan, zu schweigen, denn die Kritik der Linken über ihre faulen Teuerungsphrasen war geradezu vernichtend. Als der berühmte Staatsanwaltschaftsrat Schäffer auch hier sein besonders freundliches Herz für die Minderbemittelten entdeckte, war es geradezu glänzend, was er sich dann von der Linken für unangenehme Wahrheiten sagen lassen mußte. Interessant war die Tatsache, daß Schweidnitz die teuerste Stadt Schlesiens ist (deutschnationale

Hochburg!). Hoffentlich sehen dies auch die Unternehmer nicht nur im Stadtparlament ein, sondern auch bei Tarifabschlüssen und Lohnerhöhungen, daß Schweidnitz nicht in die 2. Ortsklasse gehört, sondern in die erste. Wir werden bei gegebener Zeit die Herren Unternehmer daran erinnern. Unter allgemeiner Unruhe und Lärm im Parlament und auf der Tribüne war schließlich Schluß. r

Hoffentlich sehen die Arbeiter nun endlich ein, daß im Parlament für die Arbeiter nichts zu holen ist, sondern indem sie den ganzen Parlamentarismus zu Trümmern schlagen und an deren Stelle die Arbeiter- und Bauernräte setzen. Schweidnitzer Arbeiter, stoßt endlich zur KPD., wenn Ihr Euch klar geworden seid, daß es auf diesem Wege nicht weiter geht. Helft die proletarische Revolution mit vorbereiten.

Fellhammer. Unleidliche Verhältnisse herrschen in dem großen Mietshause Fellhammer-Nord, Schulstraße Nr. 5 seitdem Herr Ulke als Hausverwalter dort fungiert. Wenn die Mieter untereinander einig sind, bricht Familie Ulke Streit vom Zaune. So kam es am Sonnabend, den 14. Dezember, zu einem häßlichen Auftritt. Frau Demuth hatte mit dem Schwiegersohn der Frau Ulke einen kleinen Wortwechsel. Darauf drang Familie Ulke mit Gewalt in die D'sche Wohnung ein. Auf die Aufforderung, die Wohnung zu verlassen, wurde nicht Folge geleistet. Der Schwiegersohn der Frau Ulke äußerte hier die Worte: „Ich verlasse die Wohnung nicht früher, bevor Sie vor meinen Füßen wie ein Hund verrecken." Das D'sche Ehepaar wurde fürchterlich zerprügelt, sogar das einjährige Kind, welches Frau Demuth auf den Arm genommen hatte, wurde nicht geschont. Das rabiate Benehmen der Frau Ulke ist um so unverständlicher, da doch dieselbe noch Bezirkshebamme ist. Sie glaubt wohl auf die Weise ihre Kundschaft zu behalten. Da wird sie sich ordentlich täuschen.

Hirschberg. Die Schröpfung des Stadtsäckels. Der Magistrat und der frühere Oberbürgermeister müssen im Provinzialrat und Bezirksausschuß einflußreiche Freunde besitzen. Diese beiden Körperschaften haben gegen den Willen der Stadtverordneten die Gehälter der Magistratsmitglieder und die Pension des früheren Oberbürgermeisters sehr hoch festgesetzt. Bei letzterem sind sogar die Sätze höher als bei dem im Amte befindlichen Oberbürgermeister. – Die Armen und die Erwerbslosen können hungern, die Herren vom Magistrat sorgen erst für sich selbst. Denn sie sind ja für das „Wohl der Stadt" da.

Dittersbach. Erpressungen des Bürgermeisters? Den Arbeitslosen des hiesigen Ortes bewilligte die letzte Gemeindevertretersitzung als Weihnachtsbeihilfe den doppelten Satz der Erwerbslosenunterstützung. Jetzt will der Bürgermeister die Unterstützung nicht auszahlen, bevor nicht die nächste Gemeindevertreterversammlung eine neue Gewerbesteuer bewilligt. Das ist ein glatter Rechtsbruch. Die Erwerbslosen dürfen sich so etwas nicht gefallen lassen. Sie müssen die ihnen zustehende geringe Unterstützung fordern.

Waldenburg! An die organisierte Arbeiterschaft! Nach langen Verhandlungen ist es uns gelungen, einen Großhändler daran zu interessieren, Schweine von Posen nach hier einzuführen.

Es gelangen von heute ab 50 Schweine in Eichners Fleisch- und Wurstgeschäft, Waldenburg, Freiburger Straße 21 zum Verkauf. Preis pro Pfund mit Speck 95 Pfg.

Wir fordern die Arbeiterschaft auf, die Gelegenheit, sich verhältnismäßig billiges und gutes Fleisch zu verschaffen, rege auszunutzen. Der Vorstand des Ortsausschusses des ADGB.

Vom Tage.

Die Nadel in den Rouladen. Beim Essen von Rouladen spürte ein Frl. A. in Gottesberg plötzlich einen stechenden Schmerz in der Speiseröhre. Der sofort in Anspruch genommene Arzt förderte eine Nadel zutage, die in dem Fleisch gesteckt hatte und so in die Speiseröhre gelangt war.

Von den Erwachsenen abgesehen. Ein achtjähriger Knabe wurde auf dem Markte dabei ertappt, als er einer Marktfrau das Handtäschchen entriß. Der Junge wurde an Ort und Stelle verprügelt.

Millionen Kinder hungern, hier aber ... Bei einem Schlachtfest in der Umgebung von Sagan hatte sich ein Mensch verpflichtet, 4 Pfund Wellfleisch, 10 Grützwürste, ein halbes Pfund Leberwurst ohne Brot, einen Teller Hering in Gelee und zehn Glas Bier innerhalb zwei Stunden in sich aufzunehmen. Er hat es fertiggebracht und ist leider nicht daran gestorben.

Der hoffnungsvolle Nachwuchs. Der Sohn des deutschnationalen Arztes Dr. Gombert in Waldenburg hat mit seinem Freund im Waldenburger Gymnasium eingebrochen, um die Abiturientenzeugnisse, die sie fürchten mußten, zu erwischen.

Rote Hilfe.

Quittung für Oktober.

Beim Bezirksverein Schlesien zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familien gingen im Monat Oktober 1924 folgende Beträge ein:

Ortsgr. Breslau	Mk. 24,—	Ortsgr. Straupitz	„ 1,40
„ Striegau	„ 19,25	„ Polsnitz	„ 41,50
„ Landeshut	„ 37,—	Tellers. u. Materialverkauf Aufführung § 218 am 30.10.1924	„ 50,20
„ Oberpritschen	„ 2,70		
„ Jauer	„ 10,10		
„ Bunzlau	„ 9,70	Ortsgr. Wüstegiersdorf	„ 10,—
„ Weißstein	„ 18,90	Radfahrerv. Habendorf	„ 5,—
„ Bolkenhain	„ 10,40	Ortsgr. Dittersbach	„ 5,—

Unterstützt wurden im Monat Oktober insgesamt
10 Frauen
18 Kinder
17 Gefangene.

Quittung für November.

Beim Bezirksverein Schlesien zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familien gingen im Monat November 1924 folgende Beträge ein:

Ortsgr. Bunzlau	Mk. 17,—	Breslau Tellers. § 218	„ 10,40
„ Landeshut	„ 37,30	Ortsgr. Beerberg	„ 18,—
„ Gottesberg	„ 16,—	„ Jauer	„ 11,—
„ Wüstegiersdorf	„ 8,50	„ Bolkenhain	„ 5,—
„ Breslau	„ 16,—	„ Reichenbach	„ 9,50
„ Langwaltersdorf	„ 0,50	„ Dittersbach	„ 20,—
„ Breslau (Tellers.)	„ 16,80	„ Lauban	„ 11,—
„ Weißstein	„ 3,20	„ Landeshut	„ 50,78
„ Landeshut	„ 14,—	„ Weißstein	„ 4,20
„ Breslau	„ 22,—	„ Breslau (Tellers.)	„ 4,—
Spende	„ 1,—	Bz.-Ltg. 10% Gehaltsabz.	„ 90,—
Unterbezirk Breslau	„ 6,—	Tellers. § 218 i. Peiskerwitz	„ 10,40

Unterstützt wurden im Berichtsmonat insgesamt
12 Frauen
19 Kinder
19 Gefangene.

Togal-Tabletten hervorragend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen.
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. — In allen Apotheken erhältlich.
Best. 12,6% Lith. 0,46% Chinin. 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amylum.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Olldauf, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Liebich Theater
Täglich 8 Uhr:
Paul Beckers
und das große
Weihnachts-Programm

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.

Die Hundesteuer-Ordnung der Stadt Gottesberg vom 21. November 1924 ist unterm 9. Dezember 1924 — I. 10. V. Nr. 7014 — vom Herrn Regierungspräsidenten in Breslau genehmigt worden und liegt in der Zeit vom 20. Dezember 1924 bis zum 3. Januar 1925 während der Dienststunden in unserem Steuerbüro öffentlich zur Einsicht aus.

Gottesberg, den 16. Dezember 1924.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Der Knüppel ist **wieder freigegeben.**

Lest diese satirische Arbeiterzeitung und sorgt dafür, daß diese scharfe Waffe des kämpfenden Proletariats überall in die Hände der Arbeiter kommt.

Zu beziehen durch die Literaturobleute und die Buchhandlung der
Schlesischen Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer Straße 50

Theater
Montag, 22. 12. 1924:
Stadttheater „Bajazzo" „Der Barbier von Bagdad"
Lobetheater „Rutschbahn"
Thaliatheater „Die lustigen Weiber von Windsor"
Schauspielhaus „Gräfin Mariza"
Liebich-Theater Theater-Kabarett ...

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 6 Uhr:
In neuer Ausstattung:
Gräfin Mariza

Weihnachts-Geschenke

Für die Kinder:
Märchen- u. Bilderbücher
besonders zu empfehlen
H. Zur Mühlen, **Märchen**
von 75 Pfennige bis Mark 2,50.

Für die Jugend:
Erzählungen und belehr. Bücher
besonders zu empfehlen
Berta Lask: **Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten**, mit Bildern von Schlichter . . . . . **Mark 2,50.**

Arbeiter-Literatur.

Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000
Sozialistischer utopischer Roman, 212 Seiten Mark **1.50**
Jack London: **Die Eiserne Ferse**, Roman, 270 S. „ **2.—**
Schilderung des Kampfes der amerikanischen Arbeiter gegen das Trustkapital.

Russische Erzählungen.

Pawel Dorochow: Golgatha, 151 Seiten . . Mark **1.80**
T. E. Dybenko: **Die Rebellen**, 140 „ . . „ **1.80**
und zahlreiche andere Erzählungen und Romane von **Gorki, Dostojewski, Anatole France** usw.

Es sind stets vorrätig:
Sämtliche Werke von **Marx, Engels, Lassalle, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin.**

Schilderungen aus der russischen Revolution.

John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten
243 Seiten und 10 Bilder . . . . . . Mark **2.—**
Martin Andersen Nexö: **Dem jungen Morgen zu** „ **1.50**
H. Roland Holst: **Aus Sowjetrußland** . . . „ **2.—**
A. R. Williams: **Durch die russische Revolution**
257 Seiten . . . . „ **2.—**
Arbeiter-Abreiß-Kalender für 1925, 268 Seiten,
mit 131 Illustrationen . . . . Mark **1,20**
als Buch gebunden . . . . „ **1,75**
KPD.-Taschenkalender, 176 Seiten . . . . „ **0,60**
Kommunistischer Landkalender . . . . . . „ **0,60**

Zu beziehen durch die **Literatur-Obleute** und die
Buchhandlung der Schlesischen Verlagsgesellschaft GmbH.
Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Lohnreife elegante
Frack- und Rock-Anzüge
E. Mohaupt
[illegible]

Arbeits-Bekleidung
Bettvorleger
spottbillig
wegen Aufgabe des Geschäfts
Brüderstr. 53.

Herren-Garderobe
fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Zum Anfertigen von
Kleidern, Blusen, Wäsche
usw.
empfiehlt sich
Elfriede Müller
Dirigstrasse 47
:: Ober-Langenbielau ::